Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4.80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,5 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 150 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 281. Bromberg, Dienstag den 7. Dezember 1926. 50. Jahrg.

Der Stand des Zloty am 6. Dezember:

In Danzig: Für 100 Zloty 57,10
In Berlin: Für 100 Zloty 46,58
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Polski: 1 Dollar = 8,95
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 9,01.

Roman Dmowskis Gegenoffensive.

Die Gründung des Großpolnischen Lagers vollzogen.

Posen, 6. Dezember. Am Sonnabend und Sonntag fand hier die Gründungsversammlung zur Organisierung eines „Großpolnischen Lagers" (Obóz Wielkiej Polski) statt. Das Lager ist ein Werk Roman Dmowskis und hat es sich zur Aufgabe gestellt, alle Kräfte des nationalistischen Lagers als ein Gegengewicht gegen die Konservative Partei Radziwills zu vereinigen. Nach Informationen der Warschauer Rechtspresse ist das „Großpolnische Lager" keine Organisation im parlamentarischen Sinne, es soll sich vielmehr auf die Vereinigung derjenigen Kräfte stützen, die für Disziplin und Gehorsam sind. An die Spitze der Organisation soll ein Großer Rat berufen werden, der aus 20 Personen besteht. Charakteristisch ist, daß die Mitglieder des Rats nicht gewählt, sondern ernannt werden. Das Lager wird in fünf **Teilorganisationen** zerfallen, und zwar ist vorgesehen eine für **Warschau**, eine für **Posen**, die gleichzeitig Pommerellen und die Wojewodschaft Lodz umfassen wird, eine für **Schlesien**, die auch die Wojewodschaft Krakau in sich vereinigen wird, eine für **die Ostgebiete**, eine weitere für **das frühere Ostgalizien** und für **Wolhynien**. Diesen Teillagern werden die Wojewodschaftsorganisationen und den letzteren die Kreisorganisationen unterstehen.

Die Posener Versammlung wurde mit einer vom Vizesejmmarschall Pfarrer Stychel in der Kathedrale zelebrierten Messe eröffnet. Nach dem Gottesdienst begaben sich die Teilnehmer des Kongresses nach dem Bazar, wo im großen Saale unter Teilnahme von etwa 300 Delegierten aus allen Teilen Polens und aus allen Volksschichten die Beratungen begonnen wurden. Geleitet wurde die Versammlung vom Abgeordneten Roman Dmowski, dem zur Seite der frühere Wojewode Alexander Dębski, der frühere Finanzminister Zdziechowski, der Ingenieur Kobylański und der frühere Generalstabschef Józef Haller saßen. Abg. Dmowski hielt eine lange Einführungsrede, in der er über die Ziele und Absichten der Organisation sprach.

*

Die Rede Dmowskis.

Eingangs führte Dmowski Klage über die Zersplitterung der nationalen Kräfte, die der polnischen Politik die Einheitlichkeit und Stetigkeit nehme. Als größeres Übel stellte er dar, daß das polnische Volk immer weniger Herr seiner selbst, daß es immer unfähiger zur Führung seiner persönlichen Angelegenheiten ist und daß es seine Ziele vom Zufall und, was noch schlimmer, von fremden Faktoren abhängig macht. Die Ursache dieses Übels liege in der mangelhaften Organisation im Staate, sowie im Volke. Die Bedingungen, unter denen der Wiederaufbau in Polen vor sich ging, waren für die gehörige Organisation des Volkes zur Führung des Staates nicht günstig. Im Weltkriege der Polen die Unabhängigkeit gebracht hat, wurde das Volk nicht von einem einheitlichen Gedanken geleitet, und die Unabhängigkeit wurde nicht in einer einheitlichen Kraftanstrengung erreicht. Die Revolution nach dem Kriege in den Staaten um Polen herum fand auch in Polen ihren Niederschlag. Unter deren Einfluß schritt man hier, anstatt die Grundfesten des neuen Staates zu stärken, den Parolen der radikalen politischen Einrichtungen und weitreichenden allgemeinen Reformen entgegen. Auf den ersten Plan habe sich da etwas gedrängt, was die Gemeinschaft teilt und zerschlägt. Die Folge dessen war das Entstehen vieler privater Organisationen, die einander bekämpften oder sich in den verschiedenartigsten kurzweiligen Kombinationen verbanden. Im Laufe der acht Jahre versuchten diese zerstreuten Kräfte ein ständiges Regierungssystem zu schaffen, doch sie wurden immer enttäuscht, die breiten Massen der Bevölkerung fühlten sich hintergangen, man empfand

die Kraftlosigkeit der führenden Politiker,

bis schließlich die letzten Vorfälle (gemeint ist der Maiumsturz. D. Red.) zeigten, daß wir uns gegenwärtig auf demselben Punkte befinden, von dem wir vor acht Jahren ausgegangen sind: der Staat besitze keine ständigen und rechtlichen Grundlagen seines Organismus und seine Bevölkerung lebt in einer Atmosphäre, in der alles Geschehen etwas Vorläufiges und Haltloses ist; das Land ist **gegen den Rückfall in die Anarchie nicht gesichert.** Das Volk ist in bedeutendem Maße desorientiert und deshalb unwillig. Der Selbsterhaltungstrieb des Volkes weist auf die Quelle all des Bösen hin, allseits vernimmt man den Ruf nach einer größeren Einheit, nach der Vereinigung der Kräfte Polens zu einer friedlichen Zusammenarbeit. Der Volksinstinkt ist auf gutem Wege. Indes die Hauptquelle unserer Schwachheit steckt in der Zersplitterung und in der Desorganisation des Volkes. Um den richtigen Ausweg zu finden, muß man vor allem darauf verzichten, die Schuld an dem Bösen diesen oder jenen Gruppen bzw. Leuten zuzuschreiben. Das wäre ein Weg, der zu nichts führt.

Für das Böse im Lande sind wir alle verantwortlich. Man muß zunächst die Ursachen des Bösen verstehen lernen, muß beim Bau und nicht beim Zerstören beginnen. Den Sejmparteien, die zu den nationalen gezählt werden, darf kein Hindernis gestellt werden, und es soll ihnen die Arbeit freigestellt bleiben. Der neuen Organisation liegt es ob, ohne sich in deren Arbeit zu mischen und ohne auf das Tätigkeitsfeld des Sejm überzugehen, die bisher zersplitterten nationalen Kräfte zu einem großen Lager zu vereinigen, das einem großen Ziele dienen würde. Wenn **ein solches Lager im Lande ersteht, wird der Bestand der** heutigen Parteien im Sejm sich unnötig erweisen, **dann wird im Sejm eine große geschlossene nationale Partei sein.** Zu diesem Zweck wird die breite Organisation der nationalen Kräfte geschaffen und darum auch haben wir sie das „Großpolnische Lager" benannt. Die Organisation wird sich vorläufig nicht mit der heutigen Politik befassen. Sie überläßt diese der Regierung und den Volksvertretern in den gesetzgeberischen Kammern. Ihre Kraftanstrengung wird der organisatorischen Arbeit gewidmet sein. Mit dieser Arbeit müssen wir uns beeilen, denn es ist nicht bekannt, wie weit der Moment ist, wann unsere Tat notwendig, wann die einzige Rettung des Vaterlandes unsere starke nationale Organisation sein wird. Wir unterscheiden uns darum von sämtlichen anderen politischen Lagern vor allen durch den Typ der Organisation, der sich auf **die Grundlagen der Hierarchie, Disziplin und der persönlichen Verantwortung der Führer** für jedes Arbeitsfeld stützt. Diese Grundlagen müssen wir auch unserem Volk einimpfen. Das ist der einzige Weg, den wir beschreiten müssen, um eine große Nation zu werden und einen kräftigen, blühenden Staat zu schaffen, der in der Welt Achtung gewinnen wird.

Ich bin des festen Glaubens, schloß Dmowski, daß wir, erfüllt von diesem Ziel, schnell eine große Arbeit entwickeln werden, die Früchte tragen wird und daß wir in dieser Arbeit vor keinen Hindernissen, die uns auf dem Wege begegnen könnten, zurückschrecken werden.

Im Namen Gottes, vorwärts!

*

Nach dieser von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommenen Rede Roman Dmowskis wurde

eine lange programmatische Erklärung

verlesen, in der die Stellung des Lagers gegenüber den wichtigsten staatspolitischen Fragen dargelegt wird. Demnach soll das Ziel sein, die polnische Nation groß, und den polnischen Staat mächtig zu machen. Dies könne nur geschehen durch Steigerung des Gefühls der Unterordnung auf der Organisation der Arbeit, durch eine enge Verknüpfung der herrschenden römisch-katholischen Religion mit dem Staate und durch Bekämpfung vor allem, was die Nation zersetze, schwäche oder erniedrige. Die Gesetze müßten streng geachtet werden, ein Unrecht dürfte ungesühnt bleiben. Das „Großpolnische Lager" müsse bereit sein, jederzeit alle Erscheinungen der Anarchie zu unterdrücken und in jedem Augenblick nach außen die Interessen und die Würde des Lagers zu wahren.

Abgeordneter Dębski verlas darauf

Die Liste der Ratsmitglieder.

Der Parteirat setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Roman Dmowski, Adam Glaszewski, General Mieczysław Kuliński, Seweryn Samulski, Michał Nycz, Hebanowski, General Stanisław Haller, Władysław Dzieduszycki, Jerzy Zdziechowski, Zygmunt Plucinski, Stanisław Razniewski, Stanisław Gieysztor, Professor Roman Rybarski, Zbigniew Żółtowski, Józef Stemler, Tadeusz Kobylański, Alexander Dębski, Stanisław Kalamajski, Bogusław Łubieński.

Aus der Wahl des Präses ging einstimmig Roman Dmowski hervor. Die Vorstandswahlen der Teilorganisationen hatten, soweit sie unser Teilgebiet betreffen, folgendes Ergebnis: Für das westliche Teilgebiet wurden gewählt: zum Vorsitzenden Zygmunt Plucinski, für die Wojewodschaft Posen: Stanisław Celichowski, für die Wojewodschaft Lodz: Josef Kawecki, der Führerposten für die Wojewodschaft Pommerellen wurde vorläufig noch nicht besetzt.

Am Sonntag abend fand ein gemeinsames Festessen statt, in dessen Verlauf Roman Dmowski, der Professor der Jagiellonischen Universität Ignacy Chrzanowski, Senator Jabłonowski und der Vertreter der Eisenbahner Flach sprachen. Professor Chrzanowski erklärte in seiner Rede, daß **Posen heute das Haupt und das Herz Polens** sei. Zum Schluß ergriff nochmals Roman Dmowski das Wort, um den auf die leitenden Posten der neuen Organisationen berufenen Männern einige Lehren auf den Weg zu geben.

Abreise nach Genf.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich am Sonnabend Reichsminister Dr. Stresemann in Begleitung von Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus nach Genf begeben.

Zur ungefähr gleichen Zeit sind Briand, Chamberlain, Zaleski und Vandervelde von Paris nach Genf abgereist.

Chamberlain über die Pariser Konferenzen.

Die Havas-Agentur und nach ihr die Pariser Presse hatten als Ergebnis der Pariser Konferenzen fast unisono verkündet, daß zwischen Briand und Chamberlain eine vollständige Einigung bestehe. Daß es mit dieser Einigkeit nicht weit her ist, ist aus dem Bericht ersichtlich, den das Wolff-Büro über die Erklärungen Chamberlains den Pressevertretern gegenüber nach englischen Quellen bringt. Danach äußerte sich Chamberlain u. a. wie folgt:

Er habe vor sechs Monaten in Paris vor zu großen Hoffnungen auf sofortige Erfolge gewarnt. Diese Warnung gelte auch noch heute. Aber inzwischen hätte sich in Europa eine Strömung für eine beachtliche Entspannung gezeigt. Diese Strömung mache weitere Fortschritte. Aber es blieben noch Schwierigkeiten zu lösen übrig. Ich habe aus meiner heutigen Besprechung und aus einer Nachricht, die ich aus Berlin erhalten habe, die Gewißheit erlangt, daß wir in der Lage sein werden, mit gutem Willen unsere Schwierigkeiten zu lösen und unsere Zusammenarbeit fester zu gestalten. Es ist wesentlich, daß sich die vier Regierungen näher aneinander schließen und eine gemeinschaftliche Politik der Entspannung betreiben und gemeinschaftlich an die Lösung ihrer Schwierigkeiten herantreten und das Friedenswerk vollenden. Mit einer offenen Politik werden wir dieses Ziel erreichen. Wir brauchen aber Zeit, denn wir arbeiten nicht für die gegenwärtige Generation, sondern für ihre Kinder, um ihnen das zu ersparen, was wir erlitten haben.

Auf die Frage, ob Briand und er sich über die Entwaffnung Deutschlands verständigt hätten, erwiderte Chamberlain, es sei unmöglich, in einer kurzen Besprechung eine Lösung aller Fragen zu erreichen. Aber er sehe keine Unmöglichkeit, daß man zu einer Verständigung komme, und zwar nicht nur zu zweien, sondern auch zu fünfen, womit er alle Unterzeichner des Abkommens von Locarno, einschließlich Italien und Belgien, meinte.

Auf die Frage, ob die interalliierte Militärkontrollkommission in Deutschland innerhalb von ein oder zwei Monaten zurückberufen werden würde, erklärte Chamberlain, er hoffe es, aber er könne es nicht garantieren. Es wäre jedenfalls enttäuschend, wenn man nicht weiter käme und die interalliierte Kontrolle durch die Völkerbundkontrolle ersetzen könnte.

Auf eine Frage über eine etwaige frühzeitige Räumung der besetzten Gebiete antwortete Chamberlain, er könne darüber nichts sagen, aber augenscheinlich würde in den deutsch-französischen Beziehungen eine merkliche Besserung eintreten, wenn man den Zeitpunkt der Räumung beschleunigen könnte. Man dürfe jedoch nicht überstürzt vorgehen. Langsam aber sicher, das sei der beste Fortschritt. Auf diesem Wege werde man vielleicht schneller zur Regelung aller Fragen kommen.

Vor einer neuen Streikwelle?

Warschau, 3. Dezember. Angesichts der Ankündigung der Arbeitgeber des Dombrowaer Gebietes, daß sie für den Dezember den Grubenarbeitern keine Lohnzulage gewähren werden, ist für den 8. Dezember nach Dombrowa ein Kongreß von Vertretern der Grubengewerkschaften sämtlicher polnischen Reviere anberaumt worden. Man rechnet in Arbeiterkreisen mit der Möglichkeit einer Ausrufung eines allgemeinen polnischen Grubenarbeiterstreiks.

Streik in Ostgalizien.

Warschau, 3. Dezember. Im ostgalizischen Petroleumgebiet sind die Arbeiter einer Reihe von Raffinerien in den Streik getreten. Die Ausstandsbewegung umfaßt 2000 Arbeiter.

Das Kommunalwahlgesetz.

Ein Anschlag gegen die Nationalen Minderheiten abgewiesen.

Warschau, 4. Dezember. Das Wahlgesetz für die städtischen Selbstverwaltungen wurde gestern von der Administrationskommission in zweiter Lesung angenommen. Die Debatte über die einzelnen Artikel des Gesetzes nahm mitunter einen äußerst stürmischen Verlauf.

Bekanntlich brachte die Nationale Volkspartei einen Antrag ein, wonach die Städte mit mehr als 8000 Einwohnern bei den Kommunalwahlen in verschiedene Bezirke eingeteilt werden sollen. Dieser Antrag ist besonders gegen die Nationalen Minderheiten gerichtet, da diese größtenteils zerstreut in den Städten wohnen und dadurch ihre Stimmen zersplittert würden.

Die Abgeordneten der PPS und der Nationalen Minderheiten erklärten sich ganz entschieden gegen diesen Antrag, der einen Anschlag auf die Nationalen Minderheiten bedeute. Besonders der jüdische Abgeordnete Jasler nahm einen entschiedenen Standpunkt gegen diesen Antrag ein und wies auf die Gefahren hin, die die von der Endecja geforderte Zerschlagung der Städte in Wahlkreise für die Minderheiten enthalte. Durch die Einteilung der Städte in Wahlkreise würden besonders die Minderheiten ins Hintertreffen geraten. Diese Ausführungen des jüdischen Abgeordneten überzeugten schließlich auch die Abgeordneten des Zentrums, so daß der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Auf diese Weise wird jede Stadt bei Kommunalwahlen einen Wahlbezirk bilden.

Nachdem das Gesetz in zweiter Lesung angenommen war, überwies der Vorsitzende der Administrationskommission, Abg. Putek, die Gesetzesvorlage dem Innenminister Sławoj-Składkowski zur Begutachtung.

Es ist anzunehmen, daß die Regierung keine Änderungen an der Vorlage vornehmen und diese in kürzester Zeit dem Sejm zur Beratung vorlegen wird. Schon die Abstimmung über den Antrag in der Kommission läßt erwarten, daß auch der Sejm die Gesetzesvorlage in der gegenwärtigen Form ohne größere Änderungen annehmen wird. Nach der Annahme der **Gesetzesvorlage durch** den Sejm dürften **die**

meisten Stadtverordnetenversammlungen aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Mit Genugtuung muß festgestellt werden, daß der Anschlag des Nationalen Volksverbandes auf die Nationalen Minderheiten in gebührender Weise abgewiesen wurde. Durch die Annahme eines solchen Antrages wären die Minderheiten durch die Zersplitterung der Stimmen der meisten der ihnen zustehenden Mandate verlustig gegangen.

Deutschlands Antwort.

Berlin, 4. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Auf die dem Auswärtigen Amt von dem hiesigen polnischen Gesandten übersandte Note vom 30. November, in der gegen die Erklärung der Regierungsparteien des Reichstags vom 23. November zu den Gemeindewahlen in Polnisch-Oberschlesien Protest eingelegt wurde, hat das Auswärtige Amt unter dem 3. Dezember dem polnischen Gesandten eine Antwortnote zugehen lassen, in der dieser Protest als nicht berechtigt bezeichnet und in der dann weiter angeführt wird: „Die beanstandete Erklärung hat das Verhalten der deutschen Minderheiten in jenem Gebiet bei den Gemeindewahlen zum Gegenstand. Es liegt auf der Hand, daß diese Wahlen für das Schicksal der deutschen Minderheit von großer Bedeutung sind. Es handelt sich somit um eine Angelegenheit, an der Deutschland ein durchaus legitimes Interesse hat. Das ergibt sich aus der bloßen Tatsache, daß die Rechte der Minderheiten in Oberschlesien Gegenstand eines deutsch-polnischen Vertrages sind, nämlich des Genfer Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922. Unter diesen Umständen kann nach Ansicht der deutschen Regierung nicht die Rede davon sein, daß die Erklärung des Reichstagsabgeordneten Emminger eine unzulässige Einmischung in innere polnische Angelegenheiten darstelle. Die Erklärung überschreitet auch in ihren Einzelheiten keineswegs den Rahmen, in dem außenpolitische Angelegenheiten dieser Art in den Parlamenten aller Länder behandelt zu werden pflegen. Wenn Sie in Ihrem Schreiben schließlich noch hervorheben, daß derartige Erklärungen die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu stören geeignet seien, so möchte ich demgegenüber doch betonen, daß die Gestaltung dieser Beziehungen, soweit dabei Oberschlesien in Betracht kommt, in erster Linie von der genauen Innehaltung des erwähnten Genfer Abkommens abhängt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die vielfachen Klagen der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien hinweisen und Ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die deutschfeindliche Kundgebung in Kattowitz vom 28. November lenken, an der sich sogar der polnische Innenminister und der schlesische Wojewode beteiligt haben."

Ein Interview mit Zaleski.

Paris, 4. Dezember. Der polnische Außenminister Zaleski erklärte gestern einem Vertreter des „Matin", **daß die allgemeinen Richtlinien der polnischen Politik die seien, die in Europa noch herrschende Erregung durch normale Beziehungen zu den Völkern zu ersetzen.** Es sei unmöglich, zu arbeiten, wenn jeden Tag ein militärischer oder diplomatischer Angriff gegen den Statutsquo zu befürchten sei. Außer der Beschränkung der Rüstungen und Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz bildeten die Verbesserung der Beziehungen der Völker und insbesondere die deutsch-französische Annäherung ein gutes Mittel für die Stabilisierung Europas. Er sehe nicht ein, warum nicht die gegenwärtigen Friedensbedingungen, die nur einen vorübergehenden Charakter trügen, durch andere wirksamere und dauerhaftere Garantien ersetzt werden sollten.

Die Verhandlungen über Chorzow.

Berlin, 5. Dezember. In der Angelegenheit des Stickstoffwerks Chorzow haben die Vertreter Deutschlands und Polens bisher zwei Sitzungen in Berlin abgehalten. In beiden Sitzungen wurden zunächst einige Formalien geklärt. In der Sache selbst stehen sich die Auffassungen noch unvermittelt gegenüber. Die Verhandlungen mußten jetzt aus technischen Gründen unterbrochen werden, da die Vorsitzenden der beiden Abordnungen gezwungen waren, nach Paris zu reisen, wo sie an internationalen Verhandlungen teilnehmen sollen. Wann die Besprechungen in Berlin wieder aufgenommen werden können, ist zurzeit noch unbekannt.

Artikel 16.

Aus Genf, 4. Dezember, wird der „Voss. Ztg." berichtet: Hier besteht allgemein der Eindruck, daß die heute abgeschlossene Tagung des Ratskomitees eine der wichtigsten Veranstaltungen des Völkerbundes in den letzten Jahren darstellt, weil sie die seit Jahren auf einem toten Punkt befindlichen Erörterungen über die Tragweite und die Durchführbarkeit des Art. 16 endlich vom Fleck gebracht hat.

Was de Brouckère in seinem Berichte über den Artikel 16 des Völkerbundpaktes beantragt, ist, wie ich authentisch feststellen kann, folgendes: Die alte und nie gelöste Streitfrage, ob der Völkerbund Sanktionen in Aussicht nehmen und wirksame Hilfe leisten soll und kann, soll durch das Verfahren für neun Zehntel aller Fälle gegenstandslos gemacht werden!

Die Energie und die Möglichkeit der Vermittlungsaktion des Völkerbundes bzw. Völkerbundrats soll so gesteigert werden, daß die Anwendung des Artikels 16 überhaupt nur in ganz verzweifelten Fällen als äußerstes Mittel in Frage kommt. Dabei wird die Bedeutung des von so vielen Seiten angefochtenen Artikels 16 wesentlich vermindert und die Bedeutung des Völkerbundes durch die Verstärkung der vorbeugenden Maßnahmen ganz wesentlich erhöht.

Ludendorffs Erkrankung.

General Ludendorff hat sich dieser Tage einer Operation unterziehen müssen, die aber glücklich verlaufen ist. Über die Erkrankung des Generals erfährt der „Tag" aus ihm persönlich nahestehenden Kreisen folgendes: Die jetzige Gattin des Generals Ludendorff, die Ärztin Dr. Mathilde von Kemnitz, hatte schon seit Wochen den Verdacht geäußert, daß eine Kropfgeschwulst unter dem Brustbein ein ernstes Hindernis für die Atmung und eine starke Schädigung für das Herz bilde. Daher wurde eine Röntgenuntersuchung gemacht, die ergab, daß tatsächlich ein über faustgroßer Tumor, der die Luftröhre beiseite gedrängt hat und schon mehr als ein Jahrzehnt vorhanden sein muß, sich zeigte. Die Geheimräte Sauerbruch und von Müller waren der Ansicht, daß dieser Herz und Atem so schwer schädigende Tumor unbedingt beseitigt werden müßte. Nach zwölftägiger, mit großer Vorsicht von Geheimrat Sauerbruch geleiteter Vorbereitung des Herzens, wurde am 26. November vormittags zur Operation geschritten. **Sie ist gut verlaufen.**

Das Befinden des Generals Ludendorff hat sich so gebessert, daß er heute außer aller Gefahr ist. In Berlin war dieser Tage das falsche Gerücht verbreitet, der General wäre gestorben.

Republik Polen.

Pilsudski erkrankt.

Pilsudski ist seit drei Tagen erkrankt. Er ist seit dieser Zeit nicht im Amte und hat sämtliche Empfänge und Unterredungen abgesagt.

Die nächste Sejmsitzung.

Warschau, 4. Dezember. PAT. Die Sejmkanzlei hat heute den Abgeordneten telegraphisch mitgeteilt, daß die nächste Vollversammlung des Sejm am Freitag, 10. Dezbr., um 4 Uhr nachmittags stattfindet.

Deutsches Reich.

Oberlandsgericht Beuthen?

Die preußische Staatsregierung hat beschlossen, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, die die Errichtung eines neuen Oberlandesgerichts in Beuthen vorsieht. Bei diesem Beschluß der Staatsregierung sind vor allem auch politische Gesichtspunkte maßgebend, nämlich das Versprechen, den Oberschlesiern eine besondere Provinz zu schaffen, die mit allen Behörden, wie sie sonst Provinzen aufzuweisen haben, ausgestattet ist. Die Vorlage wird jetzt dem Staatsrat zugehen und noch vor Weihnachten den Landtag beschäftigen. Wie der „Voss. Ztg." aus dem Landtag mitgeteilt wird, besteht wenig Aussicht auf die Annahme der Vorlage. Die Rechtsparteien sind sämtlich dagegen, und auch die Demokratische Partei hat sich bereits für Ablehnung des Oberlandesgerichts Beuthen entschieden. Vorläufig tritt eigentlich nur das Zentrum lebhaft dafür ein.

Weihnachtszulage für die Beamten.

Der Preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat einer Abordnung des Preußischen Beamtenbundes erklärt, daß das Preußische Staatsministerium beschlossen habe, der vom Reichsfinanzminister beabsichtigten Regelung über eine einmalige Zulage für Beamte beizutreten. Der Minister glaubt, daß die Auszahlung dieser Zulage bestimmt vor Weihnachten erfolgen könne.

Die Kolhörster'schen Höhenstrahlen.

Aufsehenerregende Entdeckung auf dem Gebiete der Strahlenforschung von Leo M. Dickmann.

Zur Zeit beschäftigt ein Prioritätsstreit die Gelehrtenwelt, der des Objektes wegen auch das Interesse der Allgemeinheit erregt: Es handelt sich um kosmische Strahlen von ungeheurer Durchdringungsfähigkeit, die von dem deutschen Physiker Dr. Kolhörster zuerst erkannt, experimentell erforscht und beschrieben worden sind. Der Prioritätsanspruch des amerikanischen Physikers Milliken ist insofern unberechtigt, als seine Arbeiten erst zum Erfolge führen konnten, nachdem er zur experimentellen Erforschung Apparate benutzte, die in der Konstruktion den Kolhörster'schen gleichartig waren.

Daß der Erde wie der kosmischen Materie überhaupt radioaktive Energie zukommt, ist dem Physiker bekannt. Dr. Kolhörster gebührt das Verdienst, die Eigenschaften dieser Strahlen näher erforscht und genaue physikalische Messungen angestellt zu haben. Danach sind zu unterscheiden die Erdstrahlen von den eigentlichen Höhenstrahlen: Die Erde als zerfallende kosmische Materie besitzt nur geringe Strahlenenergie im Vergleich zu den in Neubildung begriffenen Weltenkörpern. Besonders aufschlußreich waren Versuche, die Dr. Kolhörster im Freiballon anstellte. Mit zunehmender Steighöhe des Ballons verminderte sich die Erdausstahlung rapide, während die Einwirkung der Höhenstrahlen auf die Registrierapparate immer stärker wurde. Bedenkt man die Entfernungsunterschiede, d. h. den Abstand des Ballons von der Erde, der selbst bei größter Steighöhe winzig ist im Vergleich zur Entfernung vom nächstgelegenen kosmischen Strahlungskörper, so erhält man einen Begriff von der Intensität der Höhenstrahlen. Der Entdecker, der ihnen den Namen Ultra-X-Strahlen gegeben hat, will den Beweis erbringen, daß sie imstande sind, 1 Meter dicke Stahlblöcke zu durchdringen.

Besonders interessant sind die neuentdeckten Höhenstrahlen in ihrer Beziehung zum Werden und Vergehen der kosmischen Materie. So hat Dr. Kolhörster festgestellt, daß die Materie der Milchstraßen-Region außerordentlich strahlungsfähig ist. Bekanntlich besteht die Milchstraßenpartie aus gasförmigen Körpern und kleineren festen Partikeln, die im Entwickelungszustande sind. Die Kant-Laplacesche Theorie erklärt das Werden der Himmelskörper aus den Welten-Nebeln, die durch ungeheuren Druck zunächst sich verflüssigen, um dann allmählich in den festen Zustand hochgradiger Glut überzugehen. Nach und nach erkalten dann diese Gestirne, es bleiben die kompakten Massen übrig, die nun wieder im Verlauf der Zeiten zerfallen in immer kleinere Partikel, bis schließlich die molekularen Gasmassen von neuem die Aufwärtsentwickelung beginnen. Dieser Kreislauf im Werden und Vergehen der Weltenmaterie steht in engstem Zusammenhange zu den neuentdeckten Höhenstrahlen: Bei der Neubildung von Gestirnen, wie sie in der Milchstraßengegend besonders deutlich hervortritt, wird hohe Strahlungsenergie frei, was nach den physikalischen Gesetzen theoretisch leicht zu deuten ist. Dr. Kolhörster hat aber auch den praktisch-rechnerischen Nachweis für bestimmte Partien der Milchstraße erbracht, er konnte ferner beweisen, daß die Strahlungsenergie der Gestirne bis zu einem Maximum wächst, solange diese im glühenden Zustande, also in der Entwickelung sich befinden, und daß mit dem Erkalten und Zerfall die Energie nachläßt.

Wenn auch die praktische Auswertung dieser Entdeckung weniger in Frage kommt, so ist sie wissenschaftlich doch von größter Bedeutung. Sie bereichert nicht nur die Physik der Strahlungskräfte um neue und wertvolle Erkenntnisse, auch der Astronomie werden neue Bahnen gewiesen. Einmal können nunmehr manche Ergebnisse nachgeprüft werden, die bisher mangels methodischer Wege zweifelhaft bleiben mußten, dann aber wird diese Entdeckung sicherlich für die rechnerische und messende Ermittelung astronomischer Zusammenhänge von Bedeutung sein.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 6. Dezember.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa unveränderte Tagestemperaturen bei dichter Bewölkung und Neigung zu Schneefällen an.

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute um 10 Uhr bei Brahemünde + 3,88, bei Thorn etwa + 1,60 m.

§ **Bromberger Schiffsverkehr.** Durch Brahemünde gingen im Laufe des Sonnabends und Sonntags nach der Weichsel sieben beladene Oderkähne und zwei Dampfer. Nach Bromberg kamen zehn unbeladene Oderkähne und fünf Dampfer.

§ **Tollwutfälle in der Wojewodschaft Posen.** In der Zeit vom 16. bis 31. Oktober d. J. sind in der Wojewodschaft Posen Tollwutfälle in 20 Kreisen, 33 Gemeinden und auf 33 Gehöften festgestellt worden, und zwar Bromberg 1, 1, Kolmar 4, 4, Gnesen 1, 1, Gostyń 2, 2, Inowrocław 2, 4, Jarotschin 4, 4, Kempen 2, 2, Obornik 4, 5, Adelnau 1, 4, Ostrowo 1, 2, Schildberg 1, 1, Pleschen 1, 2, Schroda 1, 1, Strelno 1, 1, Samter 1, 1, Schubin 1, 1, Witkowo 1, 1, Wongrowitz 2, 2, Wreschen 1, 1 und Wirsitz 1, 1.

§ **Apfelblüten,** die von einem Apfelbaum eines Landwirts in Gogolin hiesigen Kreises stammen, sind uns in die Redaktion gesandt worden. Nach den Angaben des Besitzers steht der ganze Apfelbaum in Blüte und hat auch kleine grüne Blätter. Der letzte Frost hat aber dem Wunder, das das milde Novemberwetter zustande brachte, ein Ende bereitet.

ln. **Die erste Strafkammer des Bezirksgerichts** verhandelte am Sonnabend in folgenden Strafsachen: Der Kaufmann Johann Kłosowski von hier ist wegen Betruges angeklagt. Er ist beschuldigt, am 8. Juni d. J. eine hiesige Maschinenfabrik um den Betrag von 3000 Złoty geschädigt zu haben. Der Angeklagte gab der Maschinenfabrik für gelieferte Utensilien Wechsel in Zahlung, die er dann später zum Protest gehen ließ, so daß sie die Maschinenfabrik einlösen mußte. Der Angeklagte gibt an, daß die Maschinenfabrik trotzdem keinen Schaden erlitten habe, da er für anderweitige Deckung seiner Schulden sorgte. Der Vertreter der betreffenden Maschinenfabrik ist auch nicht in der Lage, zu bekunden, daß die Firma einen Schaden hatte. Trotzdem beantragt der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 1½ Monaten. Das Gericht nimmt indes nur Fahrlässigkeit, nicht Betrug an und spricht den Angeklagten frei. — Wegen Meineides hatte sich sodann der Kaufmann Samuel Salzmann von hier zu verantworten. Der Angeklagte steht mit seiner Hauswirtin in Mietstreitigkeiten und ist beschuldigt, am 20. Januar d. J. vor dem hiesigen Kreisgericht unter Eid bekundet zu haben, daß er sich bereits mit der Hauswirtin geeinigt habe, während letztere dies bestreitet. Da der Sachverhalt nicht genügend geklärt erscheint, beantragt der Staatsanwalt selbst die Freisprechung. Das Gericht erkennt demgemäß. — Der achtzehnjährige Leo Weigt von hier ist wegen eines Vergehens gegen § 176 Absatz 3 angeklagt und wird zu sechs Monaten Gefängnis mit bedingter Bewährungsfrist verurteilt.

§ **Kleine Ursachen.** Am Sonnabend, 4. d. M., fuhr gegen 4½ Uhr nachmittags der Fleischerlehrling Sieminiak mit einem Wagen des Fleischermeisters Słominski, Bahnhofstr. 7, durch die Danzigerstraße. Ein Junge warf nach dem Pferde mit einem Schneeball, worauf das Pferd durchging. Der Junge wurde auf das Pflaster geschleudert und das Pferd raste die Danzigerstraße herunter. An der Ecke Bahnhofstraße bog das Gefährt plötzlich in diese Straße und fuhr dabei zwei des Weges kommende Herren um. Beide wurden sofort in das Städt. Krankenhaus eingeliefert, wo ihnen die erste ärztliche Hilfe zuteil wurde. Die Verletzungen erwiesen sich glücklicherweise nicht als gefährlich, so daß die Patienten bald wieder entlassen werden konnten. Es handelt sich um einen Ludwig Lachoda, Wilhelmstraße 52, und einen Kazimierz Powel, Naumannshöhe 9.

§ **Eine Holzversteigerung** findet am 9. Dezember um 10 Uhr vormittags im Saale des Herrn Nedlak, Thornerstraße, statt. Das Holz stammt aus dem Wirtschaftsjahr 1926. Zur Auktion werden außer der örtlichen Bevölkerung auch Holzkaufleute zugelassen.

§ **Auf frischer Tat ertappt** wurde eine Anna Brand auf dem hiesigen Bahnhof, als sie einen Koffer stehlen wollte. Die Verhaftete ist angeblich ohne ständigen Wohnsitz und kann auch keine Personalangaben machen. — Ein gewisser Guszek, Obdachloser, der ebenfalls sein Alter nicht angeben kann oder will, stahl einem Fleischer Bonin, Bahnhofstraße 16, einen Koffer. G. wurde verhaftet.

§ **Verhaftet** wurden drei Trinker, zwei Herumtreiber und vier Diebe.

Der Freischütz.

Oper in 3 Akten von Carl Maria v. Weber.

Mit der gestrigen Aufführung beging die „Deutsche Bühne Bromberg" ein doppeltes Fest: Erstens die 100. Wiederkehr des Todestages Carl Maria v. Webers und zweitens die 600 Aufführung.

600 Aufführungen — das ist eine anerkennenswerte Leistung. Und wer diese Zahl errungen, ist wahrlich keine Liebhaber- sondern eine Arbeitsbühne. Indem sie in dankenswerter Weise den Kontakt aufrecht erhält zwischen dem hiesigen Deutschtum und unserer Literatur ältester bis jüngster Zeit, erfüllt die deutsche Bühne eine Kulturmission, wie sie zu erfüllen nur wenigen Bühnen vergönnt ist. Welche Arbeit hier in 600 Aufführungen geleistet worden ist, das in gebührender Form anzuerkennen, bleibt — leider — einer späteren Zeit vorbehalten. Wir können heute nur diesen Männern, die für deutsches Kulturgut ihre Zeit und — Gesundheit opfern, in freudiger Anerkennung die Hand drücken und ihre Arbeit durch regen Besuch belohnen.

Es war vielleicht ein Wagnis, das Ereignis der 600. Aufführung (das zweifellos ein freudiges ist) zu einem Opernabend zu benutzen. Aber das Wagnis ist geglückt und der Abend — mit wenigen Einschränkungen — als gelungen zu bezeichnen.

Über die Oper selbst etwas zu schreiben, erübrigt sich, da die Bühnenleitung den Besuchern eine gute Einführung in das Werk überreicht. Es bleibt also die Einzelleistung zu werten: Der Caspar des Herrn Lenkeit erfreute durch große Sicherheit und einen angenehmen, warmen Tenor. Die vokale wie auch die dramatische Leistung ist als gelungen zu bezeichnen. Frau Kolloch-Reck war leider indisponiert und der gesangtechnisch auf der Höhe stehenden Stimme ermangelte etwas die Tonformung. Vorzüglich war das Ännchen des Fräulein Grete Wisniewski. Spiel und Stimme waren von herrlichem Fluß und da letztere auch von großer Wärme und reinem Klang war, gönnte man der Sängerin den Beifall auf offener Bühne und auch die Blumenspenden. Prof. Schnura, der die Spielleitung innehatte, sang den Fürsten Ottokar. Zweifellos eine der würdigsten Figuren in der gestrigen Aufführung, und man mußte nur bedauern, die angenehme Stimme nicht in einer größeren Partie zu hören. Mit Hingebung entledigte sich Herr Dindinger seiner Aufgabe als Max. Seiner Stimme hätte man nur etwas mehr Kraft gewünscht. Den Erbförster Cuno gab Herr Emil Haynn ausgezeichnet.

Leider war der Chor nicht immer auf der Höhe, wenn auch das Stimmenmaterial durchaus nicht schlecht war. Man hätte größere Kontrastierungen, mehr Plastik, gewünscht. So verlief aber oft das Ganze in einem undefinierbaren Tonschwall und drohte — zum Beispiel im letzten Akt — dem Werk gefährlich zu werden. Aber Direktor v. Winterfeld hatte die Zügel in der Hand und wußte die Klippen zu meiden. Er leitete Chor und Orchester durch alle Fährnisse. Beim letzteren wäre vielleicht ein etwas weniger zaghaftes Auftreten der Geigen erwünscht. Im allgemeinen bewies die musikalische Leitung vollstes Verständnis für das Werk und holte bei dem zur Verfügung stehenden Material aus demselben heraus, was herauszuholen war.

Das Haus, das leider nicht ganz ausverkauft war, dankte durch stürmischen Beifall. wh.

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

D. G. f. K. u. W. Heute, abends 8 Uhr, in der Deutschen Bühne: Einziger lustiger Jacoby-Abend. Eintrittskarten bis nachmittags 5¾ Uhr in der Buchh. E. Hecht Nachf., Gdańska 19, ab 7½ Uhr abends an der Theaterkasse. (14122

Männerturnverein Bydgoszcz-West, e. V. Heute, Montag, 9 Uhr: Monatsversammlung bei Kleinert. Der Vorstand. (8258

Am 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet die Frauenhilfe der Christuskirche im evangelischen Gemeindehaus eine musikalische Feierstunde unter gütiger Mitwirkung der Damen Becker, Wruck und Ludwig, und der Herren Lenkeit, Beetz und Damaschke, sowie des Frauenchors der Christuskirche. Der Saal ist geheizt. (13985

* * *

* **Kosten** (Kostrzyn), 4. Dezember. In der Nacht zum 1. Dezember brannte in Nacław eine gefüllte Scheune nieder; ein Wagen und eine Häckselmaschine sind mitverbrannt. Es scheint Brandstiftung vorzuliegen.

* **Posen** (Poznań), 4. Dezember. Zu der Gasvergiftungskatastrophe in der früheren Margaretenstraße weiß das „Posener Tageblatt“ noch folgendes mitzuteilen: Die Familie heißt Kłosowski und war bereits im Oktober d. J. hier aus Soldau in Pommerellen zugezogen, hatte zunächst in der Ritterstraße und darauf in der Kronprinzenstraße gewohnt, von wo sie am Mittwoch zu der gleichfalls arbeitslosen Frau Drygalska in der ul. Przemysłowa 41 als Aftermieter zog und 5 zł Miete anzahlte. Der Ehemann ist von Beruf Kaufmann und erst 28 Jahre alt; er ist in Rybno, Kreis Löbau, geboren. Seine Ehefrau Stanisława stammt aus Powidz im Kreise Witkowo und ist bereits 35 Jahre alt. Die beiden Kinder sind Töchter, im Jahre 1924 bzw. 1925 geboren. Die Tat hat sich als ein Verzweiflungsakt, herbeigeführt durch die große Notlage der Familie, herausgestellt. Kłosowski war infolge seiner Arbeitslosigkeit nicht in der Lage, eine Wechselverbindlichkeit, die aus der Soldauer Zeit stammte, in der er dort ein kleines Geschäft besaß, zu lösen. Da er von dem Gläubiger bedrängt wurde, glaubte er durch den Verzweiflungsakt sich und die Seinen von aller irdischen Sorge zu befreien.

* **Rawitsch,** 3. Dezember. Als Kirchhofsdiebe ermittelt worden sind hier vier Schuljungen von 10 bis 13 Jahren, die sich auf dem evangelischen Friedhofe betätigt, von ungefähr 60 Grabdenkmälern die metallenen Umrahmungen gestohlen und bei hiesigen Händlern für einige Groschen verkauft hatten.

* **Witkowo,** 1. Dezember. Zwischen dem Arbeiter Emil Gramse, dem Schornsteinfegermeister Edward Günter und dem Fleischbeschauer Witold Czwojdziński bestand ein Wohnungsstreit. Als neulich Gramse nach Hause ging, überfielen ihn, wie der „Kurjer“ berichtet, seine beiden Gegner und zertrümmerten ihm mit einem stumpfen Gegenstand die Schädeldecke. In hoffnungslosem Zustande wurde Gramse ins Krankenhaus geschafft; gegen die Täter wurde die Untersuchung eingeleitet.

Wochenbericht der Warschauer Börse.

(Von unserem Warschauer Mitarbeiter.)

Die Lage auf dem Geldmarkt während der vergangenen Berichtswoche war wenig verändert. Der Dollar in Bar war ziemlich gefragt, weshalb der Kurs ein wenig zurückging. Im übrigen hat das Interesse für Dollar als Sepkulationsobjekt fast ganz aufgehört. Festere Tendenz hatten die Valuten Paris und Mailand. Auf dem privaten Geldmarkt herrschte vollkommene Depression, weil von seiten der Wirtschaftskreise keine Ankäufe getätigt wurden, die Kaufmannschaft aber und die Industrie ihre Valuten in großen Mengen verkauften, um Złoty für Zahlungen im Inlande und für Steuern zu erwerben. Anfangs versuchte die Spekulation deshalb auf Herabsetzung des Dollarkurses zu wirken, schließlich nahm sie jedoch eine abwartende Haltung ein.

Bis Mitte der Woche wurde der Dollar amtlich mit 8,99 notiert, ab Donnerstag jedoch hat sich die Nachfrage sehr verringert, dagegen das Angebot von seiten der Privatbanken erheblich vermehrt, so daß der Börsenvorstand eine Herabsetzung des Dollarkurses auf 8,98 veranlaßte. Devisen auf Neuyork notierten unverändert 9,00. Der französische Frank gewann auf der Warschauer Börse im Verlaufe eines Monats 19 Prozent. In der Berichtswoche wurde er am Montag mit 33,65 notiert, bis Mittwoch fiel er bis auf 33,18½, Donnerstag erfuhr er eine plötzliche Steigung auf 34,36 und erhielt sich am Freitag auf 34,18½. Die Kurserhöhung ist dank umfangreicher Realisationen seitens der französischen Regierung sowohl auf den inländischen, als auch auf den ausländischen Märkten eingetreten. Die Devisen auf Brüssel, Wien und Zürich unterlagen leichten Schwankungen, London erfuhr eine kleine Verbesserung. Die ungarische Regierung schreitet zur Herausgabe neuer Geldwertzeichen. Ab 27. Dezember werden dort Banknoten und Silbermünzen, auf „Pengo“ lautend, in den öffentlichen Verkehr gebracht werden. Jugoslawien hat kürzlich neue Goldmünzen in den öffentlichen Verkehr gebracht, der Umlauf soll insgesamt eine Million Stück betragen.

Für staatliche Prozentpapiere herrscht seit mehreren Wochen schon ein reges Interesse und die Kurse steigen von Woche zu Woche. In der Berichtswoche machte sich sogar ein Materialmangel bemerkbar, der Bedarf konnte indes ganz gedeckt werden. Man notierte folgende Kurse: achtprozentige Konversionsanleihe 96—96,75, sechsprozentige Dollaranleihe aus den Jahren 1919/20 78—79,50, zehnprozentige Eisenbahnanleihe 87,50—87, fünfprozentige Konversionsanleihe 47,25—48,25, achtprozentige Obligationen der Bank Gospodarstwa Krajowego 80,00, dieselben der Staatlichen Bank Rolny 80,00.

Im Verkehr mit Pfandbriefen überwog mit der Zeit das Angebot, die Umsätze waren mittelmäßig bei herabgesetzten Kursen. Es wurden notiert: 4½proz. Bodenkreditbriefe in Gold 36,10 bis 34,90, fünfproz. goldene Kreditbriefe der Kreditgesellschaft der Stadt Warschau 41,10—40,75, dieselben 4½proz. 37,25, 5½proz. Obligationen der Stadt Warschau aus dem Jahre 1916, auf Rubel lautend 19,60, sechsproz. Rubelobligationen der Stadt Warschau aus den Jahren 1915/16: 21,50—21,45.

Auf dem Aktienmarkt herrschte uneinheitliche Stimmung. Zeitweise wurden die Kurse von der Spekulation hochgetrieben, doch überwog die sinkende Tendenz. Die Lustlosigkeit auf dem Aktienmarkt erklärt man sich mit dem Bargeldmangel auf dem Geldmarkt, der infolge zahlreicher Wechselproteste, meistens von seiten der Textilfirmen, und infolge großer Inlands- und Steuerzahlungen eingetreten ist. Der Bargeldmangel ist sehr groß. Die Spekulation ist bemüht, die sich verschlechternde Konjunktur in der Kohlenindustrie infolge des Aufhörens des englischen Kohlenstreiks auszunutzen und die Kurse der Aktien stark herunterzutreiben. Optimisten behaupten indes, daß der polnische Kohlenexport noch im ersten Halbjahr 1927 sehr günstig sein werde. Die Umsätze mit Aktien waren mittelmäßig. In breiteren Kreisen bestand gar keine Nachfrage. Die größten Umsätze wurden mit Bank Polski-Aktien getätigt. Aufgekauft wurde auch das ganze Angebot von den metallurgischen Ostrowieckie-Aktien, und zwar seitens eines belgischen Konsortiums. Es heißt, daß dieses Konsortium die Mehrzahl der Aktien dieser Gesellschaft erwerben will. Dasselbe belgische Konsortium zeigt großes Interesse auch noch für andere polnische metallurgische Fabrikunternehmen. Ferner wurden größere Umsätze auch mit Modrzejewski-Aktien getätigt.

Im Vergleich mit der Vorwoche haben in der Berichtswoche die Ostrowieckie-Aktien sich um 80 Prozent erhöht. Dagegen haben verloren: Bank Polski 1,2 Proz., Starachowice 3,5 Proz., Modrzejow 5 Proz., Lilpop 6 Proz., Rudzki 10 Proz., Wegiel 2,8 Proz., Warsz. Cukier 18 Proz., Czestocice 18 Proz., Nobel 5,4 Proz. und Zyrardow 5,5 Prozent.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 5. u. 6. Dez. auf 5,9816 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 4. Dezember. Danzig: Ueberweisung 56,93 bis 57,07, bar 57,05—57,20, Berlin: Ueberweisung 46,58—46,82, Kattowitz 46,455—46,695, bar 46,385—46,865, Neuyork: Ueberweisung 11,75, Zürich: Ueberweisung 57,50, London: Ueberweisung 43,50, Riga: Ueberweisung 65,00, Prag: Ueberweisung 371,75—377,75, bar 374—377, Budapest: bar 78,60—80,60, Wien: Ueberweisung 78,40—78,90, bar 78,60—79,60.

Warschauer Börse vom 4. Dezbr. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 125,50, 125,81 — 125,19, Oslo —,—, Holland —,—, London 43,69, 43,80 — 43,58, Neuyork 9,00, 9,02 — 8,98, Paris 35,90, 35,99 — 35,81, Prag 26,72, 26,78 — 26,66, Riga —,—, Schweiz 174,05, 174,48 — 173,62, Stockholm —,—, Wien 127,25, 127,57 — 126,93, Italien 38,35, 39,44 — 39,26.

Von der Warschauer Börse. Am Sonnabend finden bekanntlich keine amtlichen Börsennotierungen statt. Der Dollar wurde im privaten Verkehr mit 8,99 gehandelt. Pfandbriefe waren ohne Verkehr, Aktien haben sich dagegen etwas befestigt.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 4. Dezember. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 24,98 Gd., Neuyork —,— Gd., Berlin 122,367 Gd., 122,673 Br., Warschau 56,93 Gd., 57,07 Br. — Noten: London —,— Gd., 24,97½ Br., Neuyork 5,1410—5,1590 Gd., —,— Br., Berlin 122,367 Gd., 122,673 Br., Polen 57,05 Gd., 57,20 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 4. Dezember Geld	Brief	In Reichsmark 3. Dezember Geld	Brief
-	Buenos-Aires 1 Pes.	1,709	1,713	1,708	1,712
—	Kanada . . 1 Dollar	4,202	4,212	4,202	4,212
6,57 %	Japan . . . . 1 Yen.	2,062	2,066	2,062	2,066
—	Konstantin. 1 trk. Pfd.	2,097	2,107	2,097	2,107
5 %	London 1 Pfd. Strl.	20,37	20,42	20,3 7	20,417
4 %	Neuyork . . 1 Dollar	4,201	4,211	4,199	4,200
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0,510	0,512	0,516	0,518
—	Uruguay 1 Goldpes.	4,175	4,185	4,175	4,185
3,5 %	Amsterdam . 100 Fl.	167,94	168,36	167,94	168,36
10 %	Athen	5,48	5,50	5,48	5,50
7 %	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58,45	58,49	58,41	58,45
5,5 %	Danzig . . 100 Guld.	81,57	81,77	81,50	81,70
7,5 %	Helsingfors 100 fi. M.	10,56	10,60	10,56	10,60
7 %	Italien . . 100 Lira	18,32	18,36	17,98	18,02
7 %	Jugoslavien 100 Din.	7,402	7,422	7,40	7,42
5 %	Kopenhagen 100 Kr.	111,89	112,17	111,91	112,19
9 %	Lissabon . 100 Elsc.	21,545	21,595	21,545	21,595
4,5 %	Oslo-Christ. 100 Kr.	106,97	107,23	107,37	107,63
7,5 %	Paris . . . 100 Frc.	16,70	16,74	15,93	15,97
5 %	Prag . . . . 100 Kr.	12,44	12,48	12,434	12,474
3,5 %	Schweiz . . 100 Frc.	81,03	81,23	81,025	81,225
10 %	Sofia . . . . 100 Leva	3,037	3,047	3,032	3,042
5 %	Spanien . . 100 Pes.	63,92	64,08	63,87	64,03
4,5 %	Stockholm . 100 Kr.	112,09	112,37	112,01	112,29
7 %	Wien . . . . 100 Sch.	59,23	59,40	59,25	59,39
6 %	Budapest 100000 Kr.	5,88	5,90	5,872	5,892
10 %	Warschau . . 100 Zl.	—,—	—,—	—,—	—,—
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	—	—	—	—

Züricher Börse vom 4. Dezbr. (Amtlich.) Warschau 57,50, Neuyork 5,18⅜, London 25,13¾, Paris 20,57, Wien 73,11¼, Prag 15,36, Italien 22,52½, Belgien 72,12½, Budapest 0,0072,60, Helsingfors 13,06, Sofia 3,73½, Holland 207,30, Oslo 132⅛, Kopenhagen 138,07½, Stockholm 138,30, Spanien 78,92½, Buenos Aires 2,11, Tokio 2,54¾, Bukarest 2,74¼, Athen 6,62½, Berlin 123,23¾, Belgrad 9,14⅛, Konstantinopel 2,61¼.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,95 Zł., do. kl. Scheine 8,94 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,58 Zł., 100 franz. Franken 35,00 Zł., 100 Schweizer Franken 173,20 Zł., 100 deutsche Mark 213,50 Zł., Danziger Gulden 172,95 Zł., österr. Schilling 126,60 Zł., tschech. Krone 26,58 Złoty.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 4. Dezember. Wertpapiere und Obligationen: 3½- und 4proz. Kriegspfandbriefe 35,00—36,00. 8proz. dol. listy Poz. Ziem. Kredyt. 6,60. 6proz. listy zboż. Pozn. Ziemstwa Kredyt. 16,50. 5proz. Poż. konwers. 0,49½. — Bankaktien: Bank Ziemian (1000 M.) 2,15. — Industrieaktien: Cegielski (50 Zł.) 14,00. Centr. Roln. (1000 M.) 0,60. C. Hartwig (50 Zł.) 24,50. Hartwig Kantorowicz (1000 M.) 4,00. Herzfeld-Viktorius (50 Zł.) 21,50. Dr. Roman May (1000 M.) 39,50. Młyn Ziem. (1000 M.) 1,30. Płótno (1000 M.) 0,10. Pozn. Sp. Drzewna (1000 M.) 0,50. Unja (12 Zł.) 6,00. Wagon, Ostrowo (1000 M.) 4,00. Wytworn. Chemiczna (1000 M.) 0,60. Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Getreidepreise in der Woche vom 29. November bis 4. Dezember.

	29. 11.	30. 11.	1. 12.	2. 12.	3. 12.	4. 12.
Roggen						
Warschau	38,09	38,50	37,00	36,75	37,00	36,75
Posen	37,00	—	37,00	—	37,75	37,25
Weizen						
Warschau	—	49,00	48,00	—	49,00	48,50
Posen	48,00	—	47,50	—	48,00	47,50
Gerste						
Warschau	—	—	33,00	—	36,00	35,25
Posen	34,00	—	34,50	—	34,00	34,00
Hafer						
Warschau	34,25	—	31,00	—	35,50	33,50
Posen	31,50	—	31,50	—	31,00	31,00

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 4. Dezbr. Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty): Weizen 46,00—49,00, Roggen 36,75—37,75, Weizenmehl (65% inkl. Säcke) 69,50—72,50, Roggenmehl 1. Sorte (70% inkl. Säcke) 53,50, do. (65% inkl. Säcke) 55,00. Gerste 28,00—31,00, Braugerste prima 31,50—36,50, Hafer 30,00—32,00, Viktoriaerbsen 78,00—88,00, Felderbsen 51,00—56,00, Sommerwicken 38,00—40,00, Peluschken 32,00 bis 34,00, Seradella 20,50—22,50, Senf 68—88, Weizenkleie 27,00, Roggenkleie 26,00—27,00, Eßkartoffeln —,—, Fabrikkartoffeln 16proz. 6,60. — Tendenz: ruhig. Bemerkung: Viktoriaerbsen in feinsten Sorten über Notiz. Die Preise für Fabrikkartoffeln richten sich nach der Güte.

Berliner Produktenbericht vom 4. Dezember. Getreide- und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 271—274, Dezember 291,50, März 286—285,50, Mai 285,00. Roggen märk. 230—235, Dezbr. 246,50—246,75, März 246,50, Mai bis 248,25. Gerste: Sommergerste 215—245, Futter- u. Wintergerste 190—203. Hafer märk. 176—187, Dez. 196,50, März —,—, Mai 205,50. Mais loko Berlin 195—199. Weizenmehl franko Berlin 35,25 bis 38,50. Roggenmehl franko Berlin 32,75—34,50. Weizenkleie franko Berlin 12,75 bis —,—. Roggenkleie franko Berlin 11,80—12,25. Raps —. Leinsaat —,—. Viktoriaerbsen 54,00—61,00, kleine Speiseerbsen 32—35, Futtererbsen 21—24. Peluschken 20—20,50. Ackerbohnen 21,00—22,00. Wicken 22—24. Seradella —,—. Lupinen bl. 14—15, do. gelb 14,50—15,50. Serradella neu 21,00-22,50. Rapskuchen 16,20 bis 16,30. Leinkuchen 20,80—21,20. Trockenschnitzel 9,40—9,50. Soyaschrot 19,30—20,00. Kartoffelflocken 25,70—25,90. — Tendenz für Weizen still, Roggen still, Gerste behauptet, Hafer ruhig, Mais behauptet.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 4. Dezember in Krakau + 2,23 (—), Zawichost + 1,13 (—), Warschau + 1,51 (—), Płock + 1,46 (1,53), Thorn + 1,77 (1,81), Fordon + 1,88 (1,90), Culm + 1,75 (1,77), Graudenz + 2,16 (2,18), Kurzebrak + 2,42 (2,43), Montau + 1,77 (—), Piekel + 1,86 (1,88), Dirschau + 1,54 (1,76), Einlage + 2,08 (2,00), Schiewenhorst 2,20 (2,20) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschriftleiter: G. Starke (beurlaubt); verantwortlich für Politik: J. Kruse; für den wirtschaftlichen Teil: H. Wiese; für Stadt und Land und für den übrigen redaktionellen Inhalt: M. Hepke; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H.; sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 237 und „Aus dem Märchenlande“ Nr. 25.

Johann Gottfried Herder als Lebensretter.

Historische Skizze von P. Wild.

Sommersonne! Wie durchglutet von ihrer Pracht ist die ostpreußische Heimat. Unweit des kleinen Städtchens Mohrungen, in einiger Entfernung vom Stadtgraben, ist eine hügelige Anhöhe. Hier sitzt ein schmächtiger, bleicher Knabe und schaut mit versonnenen blauen Augen in die Fernen. Zu seinen Füßen liegt, zusammengekuschelt wie ein Kätzchen, ein fast gleichaltriges Mädchen und schläft. Ihr Begleiter hat ihr mit weicher, gleichmäßiger Stimme aus seinem geliebten Homer vorgelesen, bis sie, müde des Unverstandenen, sanft eingeschlummert ist. In ihrer Hand hält sie noch einen angefangenen Blumenkranz, wie sie ihn gern in ihr lockiges Haar steckt. Aber Homer hat sie besiegt.

Johann Gottfried Herder — er ist der Knabe — hat sie zunächst mit jener trauernden Verständnislosigkeit betrachtet, die nicht begreift, wie das Wunder solch geistiger Lebendigkeit und Anregung nicht alle Sinne erweckt. Eine leise Traurigkeit streift seine Seele, daß seine Freundin so undankbar ist und schläft. Seinen Schatz, den Homer, noch auf dem Schoß, blickt er über sie hinweg und träumt. — Irgend ein Seltsames in seinem Sehkreis läßt ihn zusammenfahren, das Traumbild ist zerrissen. Der Empfindsame sieht scharf und klar die Wirklichkeit. Im nächsten Augenblick springt er auf, rüttelt die Schläferin zu seinen Füßen heftig am Arm und ruft: „Ein Kosak, ein Kosak, er reitet auf uns zu.“

Röschen nimmt sich bei diesem Anruf nicht erst die Zeit zum Wachwerden. Sie ist wach! Schon steht sie neben ihm: „Wo? Zeig' doch!“ Und ihre Augen weiten sich in Entsetzen beim Anblick des Russen.

Wir schreiben das Jahr 1757. Der schauernde Beginn des Siebenjährigen Krieges hat Preußens Freiheit zerrissen. Seit der Niederlage des Generals Lehmann bei Jägerndorf bedrückt der Russe das preußische Land bis zur Weichsel, überall Schrecken verbreitend. Die am meisten Gefürchteten sind die Kosaken. Bekannt durch Greuel und Mordtaten furchtbarster Art flüchtet jeder bei ihrem Nahen, denn sie sind roh, gewalttätig und mordlustig. Ein Menschenleben wiegt bei ihnen bedenklich wenig. Herder weist mit dem Arm in jene Richtung, wo der Kosak galoppiert. Er hat recht gesehen. Auf dem kleinen struppigen Pferd sitzt ein bärtiger Reiter, seine Faust trägt Lanze und Knute.

Nun nehmen die beiden Reißaus. Instinktiv laufen sie dem nahe liegenden Wald zu, der näher liegt und sicherer scheint als die Stadt.

Der Knabe ist schnellfüßiger, er hat den Wald erreicht, da bemerkt der Reiter die beiden, biegt etwas vom Wege ab und jagt in vollem Galopp gegen Röschen, die in ihrer Verzweiflung wie wahnsinnig weiter rennt. Er kommt näher, immer näher, legt die Lanze ein, sie zu treffen. Sie glaubt schon das wilde Schnauben des Rosses fast neben sich zu hören. Da ein Windstoß! Er faßt ihr leuchtend rotes Halstuch, reißt es fort und schleudert es dem Pferd vor die Augen. Das Tier erschrickt, scheut, jagt durch. Ehe der Reiter die Zügel wieder fest hat, liegt er auf dem ebenen Ackerboden, während das Tier weiterjagt. Wütend steht er auf, schüttelt sich, als wolle er hiermit zeigen, daß seine Glieder unversehrt sind. Ein greller Pfiff zerreißt die Stille, ein Signal. Das Pferd wendet sich gehorsam zu seinem Herrn zurück. Zitternd steht es vor ihm, fast schuldbewußt. Schon sitzt der Kosak wieder im Sattel, sausend peitschen ein paar Knutenhiebe das Fell des Pferdes, zur Strafe für seinen Ungehorsam. Dann hält er Umschau. Hat er die Kinder gesehen? Er lenkt zum Wald hin und galoppiert in schnellem Tempo vorwärts.

In der Zwischenzeit hat Röschen Herder erreicht. Bleich, in zitternder Todesangst schauen die Kinder sich an. Die eingelegte Lanze des Kosaken hat eine deutliche Sprache gesprochen. Sie wissen, die Lage ist ernst. So stürzen sie vorwärts, vorwärts. Nur Flucht kann helfen. Da, horch, was bedeutet das? Hat der Kosak den Wald schon erreicht? Ein sonderbares Knacken und ein dumpfes Getön, wie Pferdehufe auf weichem Boden, klingt näher. Über Röschens bleiche Wangen tropfen dicke Tränen, sie schluchzt, scheint den Kopf zu verlieren. — „Röschen, sei still!“ befiehlt der Knabe. „Der Kosak kann dich hören, du verrätst uns. Weißt du, wir wollen die hohle Linde erreichen, dort können wir uns verstecken.“ Damit läuft er vorwärts und zieht Röschen an der Hand hinter sich her. Ihr Atem jagt hörbar, sie keuchen beide. So schnell wie heute sind sie noch niemals gelaufen, sie laufen buchstäblich um ihr Leben und wissen es.

Auf einmal stürzt Röschen; sie versucht vergebens aufzustehen, der Fuß ist verletzt. Nur wenige Schritte von ihnen entfernt ist die Linde. Da nimmt der Knabe kurz entschlossen seine Freundin auf den Arm und trägt sie die paar Meter vorwärts. Vor der Linde läßt er sie nieder. Sie kriecht in die weite Höhlung, er folgt ihr. Wenige Augenblicke später hören sie das Schnauben des Pferdes, hören, wie es an der Linde vorbei galoppiert, — sie sind gerettet!

Aber sie wagen sich nicht aus ihrem Versteck. Erst als die Dämmerung leise Schatten über den grünverwebten Wald hängt, spähen sie vorsichtig nach allen Seiten. Sie bemerken kein Geräusch, kein menschliches Wesen. So kriechen sie aus der Höhlung hervor. Langsam, wie sicherndes Wild schleichen sie weiter. Vor ihrem geistigen Auge steht immer der Kosak, so daß jedes harmlose Geräusch, ein leichtes Knacken der Zweige, ein Blätterrauschen sie zusammenfahren läßt. Was sie ausgestanden, war zu schrecklich. Das Mädchen klammert sich förmlich an den Knaben. Nun sind sie im Freien, erreichen die Brücke. Da, ist es ein Wahnbild ihrer aufgeregten Phantasie, oder sehen sie recht? Nein, jetzt wachsen die Schatten zur Größe, Pferdegalopp klingt in ihr Ohr. Kosaken!

Röschen schreit auf, will sinnlos fortstürzen, aber der sonst leicht verträumte Knabe ist ganz Gegenwart. Er zieht die Zitternde mit sich die Böschung hinunter, unter die Brücke. Der Galopp kommt näher, wüstes Reden und Schimpfen klingt zu den angsterstarrten Kindern. Dann dröhnen die Pferdehufe über die Holzbrücke, daß der Staub nach unten rieselt. Wie die wilde Jagd jagen sie hinüber, ein ganzes Rudel der Entsetzlichen. Aber sie haben die Kinder nicht gesehen, der Lärm verhallt bald in der Ferne.

Langsam erheben sich die Kinder aus ihrer geduckten Stellung, vorsichtig späht Herder über die Brücke hinüber. Es ist nichts mehr zu sehen. Sie sind gerettet, zum zweiten Male heute.

So kommen sie durch das Stadttor nach Mohrungen. Sie finden dort alles in höchster Aufregung, denn die Kosaken haben hier unerwartet einen Besuch gemacht, und die Bürger schwirren durcheinander wie ein aufgeschreckter Ameisenschwarm.

Die kleine Episode zeigt, wie in Herders Wesen von jeher eine gewisse Zwiespältigkeit herrscht. Das Weiche, Träumerische und neben ihm eine gewisse Kampfbereitschaft, das Siegen des Verstandes im gegebenen Augenblick. Denn nur seine Geistesgegenwart hat seiner kleinen Freundin und auch ihm selbst das Leben gerettet.

Dies seltsame Erlebnis hat übrigens die Freundschaftsbande der beiden Kinder noch inniger gestaltet. Man nimmt an, daß Röschen seine erste Liebe gewesen ist. Das ist unbestimmbar. Aber die Freundschaft als solche ist geblieben; denn wir erfahren, daß Herder der Tochter seiner alten Jugendfreundin Röschen im Jahre 1791 dreißig Taler als Hochzeitsgeschenk sendet. Ein Zeichen, daß er ihrer Mutter in alter Freundschaft und Treue verbunden geblieben ist.

Im Harz starb nach kurzer Krankheit plötzlich unser lieber Vater und Großvater, der

Gutsbesitzer und Major a. D.

Paul Epner

im 85. Lebensjahre, Mitkämpfer der Kriege 66 und 70/71 und des Weltkrieges, Ritter der Eisernen Kreuze I. und II. Klasse und anderer hoher Orden. 8253

Frau Justizrat Weiß und Kinder.

Bromberg, den 6. Dezember 1926.

Heute früh 7 Uhr verschied nach kurzem schweren Leiden mein inniggeliebter Mann, unser gurer Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel, der Rentier

Hermann Köpp

im 76. Lebensjahre.

Dies zeigt schmerzerfüllt an im Namen aller Trauernden

Auguste Köpp geb. Hammler.

Hermannsdorf, den 4. Dezember 1926.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 8. d. M., nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. 14089

Statt besonderer Anzeige.

Ganz plötzlich verstarb heute früh 4 Uhr nach langem, mit Geduld getragenem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Schmiedemeister

Karl Kipf

im Alter von 72 Jahren 5 Monaten.

Er folgte seiner ihm vor 2 Jahren vorangegangenen Gattin in die Ewigkeit.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Mocheln, den 5. Dezember 1926.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, statt. 8260

Am 4. d. Mts. starb nach langem Leiden mein lieber Sohn, unser Bruder und Schwager, der

Kaufmann

Karl Habermann

im Alter von 51 Jahren.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Frau Marie Habermann
geb. **Hübner.**

Bromberg, den 6. Dezember 1926.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Halle des alten evgl. Kirchhofes aus statt. 14093

Nach langem schweren Leiden entschlief am 4. Dez., nachm. 4¾ Uhr unsere inniggeliebte Mutter

Emma Dückert

geb. Rysske.

Dies zeigen tiefbetrübt an die hinterbliebenen Kinder 8254

Eugenie Dückert
Lydia Werstler geb. **Dückert**
Lorenz Werstler
Marie Dückert.

Die Bestattung findet am Donnerstag, den 9. d. Mts., nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause, Bydgoszcz-Okole, ul. Chełmińska (Jankestr.) 24 aus statt.

Musikalische Feierstunde
veranstaltet von der
Frauenhilfe der Christuskirche
Mittwoch, d. 8. Dezemb., nachm. 5 Uhr,
im evang. Gemeindehause, Elisabethstr. 10, unter gütiger Mitwirkung der Damen **Becker, Wruck** und **Ludwig** und der Herren **Lenkeit, Beetz** und **Damaschke,** sowie des Frauenchors der Christuskirche. 13785
Der Saal ist geheizt! **Der Saal ist geheizt!**

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.

Mittwoch, den 8. Dezemb. 26, abds. 7½ Uhr

Der Freischütz
Romantische Oper in 3 Akten von Carl Maria von Weber.
Eintrittskarten für Abonnenten Montag in Johne's Buchhandlg. Freier Verkauf Dienstag in Johne's Buchhandlung. Mittwoch von 11–1 Uhr und ab 6½ Uhr an der Theaterkasse.

Sonntag, d. 12. 12. 26, nachm. **3** Uhr
Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.
Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen. Zum letzten Male:

Nickel und die 36 Gerechten.
Komödie in 3 Akten von **Hans J. Rehfisch.**
Eintrittskarten ab Dienstag bis einschließlich Sonnabend in Johne's Buchhandlg. Sonntag von 11–1 Uhr und ab 2 Uhr an der Theaterkasse.
14436 **Die Leitung.**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 281.

Bromberg, Dienstag den 7. Dezember 1926.

Pommerellen.

Schutzverband selbständiger Kaufleute Graudenz.

In der am vergangenen Mittwoch stattgefundenen Versammlung des Schutzverbandes selbständiger Kaufleute wurde zuerst durch Herrn Dr. Gramse eine Erläuterung des Stempelsteuergesetzes gegeben. Eine weitere Erklärung des Gesetzes, das teilweise unklar ist, gab Bücherrevisor Kamrowski. Die Versammlung beschloß, zu dem Gesetz noch nicht Stellung zu nehmen, sondern erst die Auswirkung des Gesetzes abzuwarten.

Es wurden dann mehrere Fälle von Steuer-Einschätzungen vorgebracht, bei denen die Bücher als ordnungsmäßig anerkannt waren und trotzdem von der Kommission das Mehrfache der Selbsteinschätzung angesetzt wurde. Es wurde den Mitgliedern empfohlen, in Zukunft gegen diese Fälle zeitig Revision einzulegen, da das Vorgehen der Veranlagungskommission gegen das Gesetz verstößt. Die Gebühren für die Gewerbepatente für die Stadt Graudenz wurden bekanntgegeben und es wurde darauf hingewiesen, daß bis zum 31. 12. cr. die Patente eingelöst werden müssen.

Wegen der Zollbehandlung, besonders bei dem Postamt in Konitz, wurde ganz energisch Protest erhoben. Der Einwurf, daß die Zollbeamten jetzt nach sechs Jahren nicht genügend eingearbeitet wären, kann wohl nicht mehr in Frage kommen. Infolge der falschen Zollbehandlung wird dem wirtschaftlichen Leben ein außerordentlicher Schaden zugefügt; diese falschen Verzollungen könnten in die Waren nicht hineinkalkuliert werden und belasten die schwer um die Existenz kämpfenden wirtschaftlichen Betriebe. Da in Danzig eine falsche Verzollung sehr selten vorkommt, ist Danzig bedeutend günstiger gestellt und wird durch die Nähe von Pommerellen eine größere Konkurrenz als es schon bisher für Pommerellen war. Alle diese Fälle sollen dem Finanzminister unterbreitet und gleichzeitig soll der Antrag gestellt werden, daß in Graudenz ein Postzollamt eingerichtet wird, unter Umständen soll die Hilfe der Sejmabgeordneten in Anspruch genommen werden.

Durch die Zeitung ging die Notiz, daß die Auslandspässe vor allen Dingen deshalb nicht ermäßigt werden, weil die polnischen Badeorte dagegen Protest erhoben haben. Das wirtschaftliche Leben wird durch die hohen Paßgebühren ganz außerordentlich geschädigt. Es hindert nicht nur schnelle geschäftliche Abschlüsse, sondern es schließt auch den Kaufmann und Gewerbetreibenden von jedem Fortschritt im geschäftlichen Leben aus, weil er keine Anregung aus den höher kultivierten Ländern erhalten kann. Aus den Geschäftsbetrieben müssen trotzdem die ungeheuren Steuern und sonstigen Unkosten herausgewirtschaftet werden. Es muß daher ganz energisch Protest erhoben werden, daß die Industrie und kaufmännischen Zweige durch die hohen Paßgebühren noch mehr belastet werden, bloß weil die Kurorte die Konkurrenz mit den höher kultivierten und vorteilhafteren Bädern nicht aushalten können. Nach dieser Richtung hin soll eine Eingabe an den Finanzminister gemacht werden.

Über das Offenhalten der Geschäfte vor Weihnachten wird noch in der „Rundschau" Bericht gegeben werden.

Herr Rehbein-Bromberg, der Vorsitzende des Verbandes für Gewerbe, Handel und freie Berufe, hielt dann einen Vortrag über den Zusammenschluß der gesamten deutschen Industrie, der kaufmännischen und freien Berufe und der Handwerker. Die Versammlung erklärte sich mit dem Zusammenschluß der genannten Vereine einverstanden und beauftragte den Vorstand, hierüber nähere Vereinbarungen zu treffen und sie in der nächsten Versammlung zu unterbreiten.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Graudenz

hielt — wie in der letzten Ausgabe bereits kurz berichtet — im Goldenen Löwen in Graudenz eine Versammlung ab, auf der der stellvertretende Vorsitzende, Juwelier Stuhldreer, einen eingehenden Bericht vorlegte über die Tagung des Verbandes der Hausbesitzervereine Pommerellens, welche kürzlich in Thorn stattfand. Der Verband hat im Laufe des letzten Jahres allein 26 Petitionen und Beschwerden an Sejm und Senat eingereicht. Der amerikanische Finanzsachverständige Kemmerer hat sich mit dem Hausbesitzerverband Polens bei Abfassung seines Gutachtens in Verbindung gesetzt. Derselbe vertrat die Meinung, daß eine ausländische Anleihe vor Abbau der Zwangswirtschaft in Polen nicht zu erwarten sei. Es bestehen in Pommerellen vier Hausbesitzervereine, welche in deutscher Sprache verhandeln. Diese gehen aber in allen wichtigen Fragen mit dem Verbande der polnischen Hausbesitzervereine zusammen. Der Abgeordnete Spickermann aus Lodz, der einzige Vertreter des Hausbesitzes im Sejm, hatte dann sehr eingehende Ausführungen gemacht. Er betonte, daß das Mieterschutzgesetz nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden ist. Es sind bereits Wünsche laut, daß dieses Gesetz, das den Hausbesitzer schwer schädigt, noch um ein Jahr verlängert wird. Es wurde in der Verhandlung in Thorn folgende Resolution aufgestellt: Die augenblicklich in Thorn versammelten Vertreter des Hausbesitzerverbandes protestieren schon heute gegen jede eventuelle Verlängerung des Moratoriums und seine Ausdehnung auch auf andere Wohnungsarten und Läden und fordern Ablehnung solcher Anträge und Aufhebung des Mieterschutzgesetzes, da durch dieses die Wohnungsnot erhöht, das sittliche und Familienleben zerstört und die Arbeitslosigkeit erhöht wird. Die Petition wurde dem Abgeordneten Spickermann zur Übergabe an die zuständige Stelle überreicht. Es wurde beschlossen, daß die Verbände sich auch an die einzelnen Sejmabgeordneten wenden sollen. In anderen Landesteilen des polnischen Staates sind die Mieten zwei- bis dreimal so hoch als in Pommerellen, obgleich man dort keine modernen Wohnungen kennt. Kanalisation, Wasserleitung und Badeeinrichtung sind dort nicht vorhanden. Es werden aber im ehemals preußischen Teilgebiet die höchsten Steuern aufgebracht. Bei einer Neuwahl ist dafür zu sorgen, daß mehr Männer in den Sejm kommen, die Interesse für den Hausbesitzerstand haben. Mieterverbände machen bereits heute die größte Propaganda bestürmen Sejm und Abgeordnete mit Eingaben und veranstalten Versammlungen und Umzüge.

Bankdirektor Wohlfahrt-Thorn referierte dann über Hypothekenangelegenheiten. Für den Hausbesitz werden die Hypotheken am 1. Januar 1928 fällig. Wer dann die Auszahlung nicht wird leisten können, muß vorher Antrag auf Stundung oder Ratenzahlung stellen. Es ist aber dafür zu sorgen, daß etwaige Stundung oder Ratenzahlungsgenehmigung in das Grundbuch eingetragen wird. Es wird beabsichtigt, eine Hypothekenbank seitens der Hausbesitzerverbände ins Leben zu rufen, welche ausländisches Kapital zur Bezahlung der Hypothekenschulden zuführen wird. Es soll zu diesem Zwecke ein genaues Kataster aufgestellt werden. Es ist auch dafür zu sorgen, daß die Gebäude in ausreichender Höhe gegen Brandschaden versichert sind. Es soll sich um langfristige Hypotheken zu einem Zinsfuß von sechs bis höchstens zehn Prozent handeln. Zur Aufwertungsfrage der Hypotheken, welche bereits auf Verlangen abgezahlt und gelöscht sind, wurde mitgeteilt, daß eine Aufwertung nicht mehr erfolgen kann. Von Gerichten sind Klagen der früheren Schuldner bereits abgewiesen worden.

Für den verstorbenen Vorsitzenden des hiesigen Hausbesitzervereins, Obermeister Goetze, wurde in den Vorstand des Verbandes Malermeister Adolf Schulz gewählt. Der in Thorn gegen die Kommunalbank in Posen wegen der Zahlung der Höhe der Verwaltungskosten einer Hypothek angestrengte Prozeß ist noch immer nicht entschieden. In Stargard ist aber ein derartiger Prozeß in erster Instanz zugunsten des Schuldners entschieden. In der Straßenreinigungskostenangelegenheit wurde mitgeteilt, daß seitens des Magistrats beabsichtigt wird, fürs neue Rechnungsjahr zur Aufbringung der Kosten einen anderen Verteilungsmodus ausfindig zu machen. Von einer Klage gegen den Magistrat soll daher Abstand genommen werden. Der Mieterverband hatte an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, durch eine Magistratskommission die Mietwohnungen untersuchen und vorhandene Mängel auf Kosten der Hausbesitzer abstellen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Mitgeteilt wurde noch, daß mit verschiedenen Handwerkern Übereinkommen getroffen sind, nach welchen den Mitgliedern von denselben Vergünstigungen gewährt werden. Mitgeteilt wurde auch, daß Arbeitslosen, welche mit der Miete im Rückstande sind, seitens des Arbeitsamtes von der Arbeitslosenunterstützung für die Miete auf Antrag Abzüge gemacht werden. Es wurde der Beschluß gefaßt, Mietkontraktbücher in deutscher und polnischer Sprache mit anhängender Hausordnung drucken zu lassen. Ferner wurde beschlossen, daß in Zukunft Hausbesitzer einmal als Gäste zu den Versammlungen kommen dürfen. Beim zweiten Besuch wird Vorzeigung der Mitgliedskarte gefordert werden. Die Hauptversammlung wird im Januar stattfinden. Alsdann soll ein neuer Vorsitzender gewählt werden. H. *

6. Dezember.

Graudenz (Grudziądz).

* **Eine Brennholzversteigerung** findet am Donnerstag, den 9. d. M., um 9 Uhr vormittags, im Städtischen Forsthaus Rudnick statt. *

* **Die Jahrmärkte im Jahre 1927.** In Graudenz werden im Jahre 1927 folgende Jahrmärkte stattfinden: 7. und 21. Januar, 4. und 18. Februar, 4. und 18. März, 8. und 22. April, 6. und 20. Mai, 3. und 17. Juni, 22. Juli, 5. August, 19. August, 16. September, 7. und 21. Oktober, 4. und 18. November, 2. und 16. Dezember. *

*

* **Der Ausschuß der hiesigen Industrie- und Handelskammer** hat beschlossen, in Gdingen eine Expositur der Kammer einzurichten. Diese soll im Januar 1927 eröffnet werden. *

d. **Eine deutsche Wählerversammlung,** in welcher die Abgeordneten Oberstleutnant Graebe und Schulrat Daczko Bericht über ihre Tätigkeit erstatteten, fand am Freitag abend im großen Saale des Hotels „Goldener Löwe" statt. Der Saal war gefüllt. An die Vorträge schloß sich eine Besprechung, in welcher die Abgeordneten auf gestellte Fragen Auskunft gaben. *

A. **Der Stand des Weichselwassers** zeigt keine Veränderung. Die Ufer sind noch immer überflutet. Der Fährdienst wird durch das Motorboot versehen. Am Freitag war der fiskalische Strombaudampfer „Chelmno" (früher „Rudolf") aus Culm anwesend. Am Sonnabend kam ein Dampfer mit vier Fahrzeugen im Schlepp stromauf. Im Schulzschen Hafen ladet ein Fahrzeug für die Großhandelsgesellschaft Getreide. *

□ **Der Sonnabend-Wochenmarkt** war ausreichend beschickt, Kartoffeln dagegen wurden nur auf zwei Fuhren angeboten. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2,80 bis 3,00, Eier 3 90—4 00, Kartoffeln 4,50—5,50 (anfänglich forderte man 5,00—6,00), Zwiebeln 0,20—0,25. Ferner kosteten Tomaten 1,00. Spinat 0,40—0,50, Weißkohl 0,08—0,10, Rotkohl 0 10—0,20, Wirsing 0,15, Rosenkohl 0 40—0 50, rote Rüben 0,10, rote Karotten 0,10, Wrucken 0,05—0,06, weiße Bohnen 0 40. grüne Erbsen 0,40 pro Pfund, Rettich 0,10—0,20, Blumenkohl 0 30—1,50 pro Stück, Kohlrabi 0,25—0,30 pro Bund. Walnüsse 1,10—1,20, Birnen 0,40—0,70, Äpfel 0 30 bis 0 80. Honig 2,50 pro Pfund. Töpfe mit lebenden Blatt- und Blütenpflanzen, die der Kälte halber eingehüllt waren, wurden zu Preisen von 1.00—2,00 angeboten. Der Fischmarkt war etwas reichlicher beschickt. Es wurden die meisten Fischarten angeboten. Es kosteten Zander 2,50, Schleie 2.00, Hechte 1,40—1,50, Karpfen 2,50. Karauschen 1,00—1,50, Bressen 0,70—1 40, Plötze 0,40—0,70, Maränen 0,80—1,00, Neunaugen 1 80, frische Flundern 0,80. Der Geflügelmarkt war sehr reichhaltig beschickt. Es wurden folgende Preise gezahlt: lebende Enten 4 50—6,00, Gänse 10 00—11.00, Enten gerupft 4,50—8,00, Gänse 1 00—1,20, Fettgänse im Gewicht von 11 bis 13 Pfund à Pfund 1,30—1 40, Stopfgänse mit höherem Gewicht 1,50—1,60, lebende Puthähne 9,00—11,00, Hennen 6,00 bis 7,00, gerupft 1,00 pro Pfund, Perlhühner geschlachtet 4,00, Suppenhühner 3,50—4,50. junge Hühner 2 25—3,50 pro Stück, junge Tauben 1,80 pro Paar. Der Fleischmarkt zeigte ausreichende Auswahl. Es kostete: Schweinefleisch 1,30—1,60, Rindfleisch 1,00—1,40, Kalbfleisch 1 00—1.20, Hammelfleisch 1,00—1,10, frischer Speck 1,80—1,90, Schmalz 2 80, Talg 2,00. Die kleine Einspännerfuhre Spaltholz wurde mit 7,00 bis 10,00 angeboten, der Zentner Heu mit 4,00. *

□ **Ein Pferdemarkt** wurde am Freitag auf dem Viehhof abgehalten; er war mit Pferden stark beschickt. Luxuspferde waren überhaupt nicht vorhanden. Mehrere auswärtige und einige hiesige Händler hatten mehrere Koppeln gestellt, von denen einzelne gute Gebrauchspferde aufwiesen. Für bessere Tiere wurden 500—700 zł gefordert, gewöhnliche Gebrauchspferde kosteten 200—400 Złoty. Der Umsatz war aber nicht bedeutend. Besonders wurden billigere Tiere gehandelt, und zwar zum Preise von 50 Złoty und darunter. Es waren auch wieder verschiedene Zigeunerfamilien erschienen, welche sich dem Geschäft sehr widmeten. Der Rindviehmarkt durfte nicht beschickt werden, da die Sperre noch nicht aufgehoben ist. *

* **Noch ein Fahrraddiebstahl.** Dem Eisenbahnbamten Fingajski, wohnhaft Gehlbuderstr. 7, wurde gestern vor dem Bahnhofshotel sein Fahrrad entwendet. Der Täter ist bisher noch nicht entdeckt worden. *

*

Vereine, Veranstaltungen zc.

„Wem bei Jacoby das Herz nicht aufgeht, dem ist nicht zu helfen." Auf den heute, Dienstag abend, im Gemeindehause stattfindenden Lustigen Abend des berühmten Vortragkünstlers Gustav Jacoby wird nochmals hingewiesen. Der Abend beginnt pünktlich 8 Uhr; Eintrittskarten können noch an der Abendkasse des Gemeindehauses gelöst werden. (13884 *

Thorn (Toruń).

** **Infolge Ungültigkeitserklärung** der Wahlen von Vertrauensleuten zum staatlichen Versicherungsamt finden die Neuwahlen spätestens bis zum 8. Januar 1927 statt. — Bis zum 23. Dezember müssen die Kandidatenlisten eingereicht sein. **

** **Auf dem Fischmarkt** notierte man folgende Preise pro Kilo: Karauschen 1,60, Lachs 6,00, Neunaugen 3,00, Rotfloß 6,00, Zander 3,60, Hechte 3,00, Bressen 3,60, Barsche 2,40, kleine Weißfische (Bratfische) 1,20. Andere Fische fehlten. **

—* **Eisenbahnunfall.** Infolge starken Nebels am vergangenen Mittwoch fuhr ein Rangierzug auf dem Bahnhof Mocker über den Prellblock und entgleiste. Es dauerte eine ganze Weile, ehe die verursachte Störung beseitigt war. **

—* **Einem Schwindler zum Opfer gefallen** ist der Inhaber eines Waffengeschäfts in der Baderstraße. Ein eleganter Herr, angeblich Rittergutsbesitzer aus dem Kreise Briesen, suchte sich ein Jagdgewehr für 500 zł aus. Da er augenblicklich kein Geld bei sich hatte, einigte man sich auf Überweisung. Das Gewehr nahm der Herr „Rittergutsbesitzer" mit. Als er jedoch längere Zeit nichts von sich hören ließ, mahnte der Kaufmann, mußte aber feststellen, daß es keinen Rittergutsbesitzer solchen Namens im Kreise Briesen gibt! **

*

Vereine, Veranstaltungen zc.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr, im Deutschen Heim: Erstaufführung von Leo Lenz' Lustspiel „Heimliche Brautfahrt". Der Dichter hat es verstanden, seinem Lustspiel die feinziselierte Eleganz und die kapriziöse Zierlichkeit der schönheitstrunkenen Welt des Rokoko als charakteristisches Gewand überzuwerfen. Und dieser Rokokorahmen dürfte auch hier dem entzückenden Lustspiel Erfolg erringen. — Der Vorverkauf bei Thober, Stary Rynek 31, hat bereits eingesetzt. (Siehe Anzeige.) (13994 **

* **Dirschau** (Tczew), 4. Dezember. Ein kleines Mißgeschick des Danziger Völkerbundkommissars. Dem Hohen Kommissar des Völkerbundes, Prof. van Hamel, ist kürzlich auf hiesigem Bahnhof ein kleines Malheur passiert. Während der Reise nach Genf hatte er das Pech, in einem Wagen erster Klasse des D-Zuges aus Warschau eine Fensterscheibe einzuschlagen. Sofort war der Schaffner da und forderte von ihm die Bezahlung der Strafe. Der Hohe Kommissar konnte sich diesem Verlangen nicht entziehen und mußte mit dem Geld herausrücken. Auch ein Telephongespräch aus Danzig hatte den Beamten von seinem Pflichteifer nicht abhalten können.

* **Heisternest** (Jastarnia), 4. Dezember. Die hiesigen Fischer klagen über den schlechten Sprottenfang, der auf die ungünstigen Winde zurückzuführen ist. Auch Heringe kommen, obwohl ihrer schon mehr angetroffen werden, wenig in die Netze. Die Fischer haben beschlossen, die Netze in die Nähe von Hela zu verlegen, wo bessere Sprotten- und Flunderfänge notiert werden. Einige haben sich auch auf die hohe See hinausgewagt und sind auch teilweise ganz befriedigt zurückgekehrt.

Neuenburg (Nowe), 5. Dezember. Der letzte Sonnabend-Wochenmarkt war durch den ersten Schneefall d. J. beeinträchtigt und brachte nur wenig Butter zum Preise von 3.00, desgleichen wenig Eier für 4.00—4.70 die Mandel. Kleine Zufuhren an Industriekartoffeln kosteten 5,00—6,00 der Zentner. Junge Hühner wurden mit 2.00 bis 3.00, alte mit 5,00—6.00 das Stück, Enten mit 1.40—1.50, Gänse mit 1,00—1.30 je Pfund verkauft. Am Gemüsemarkt forderte man für Mohrrüben 0.05—0,10, Wruken 0,15—0,20, Weißkohl 0,10, Rotkohl 0,20—0,25, Rosen- und Grünkohl je 0,30—0,40, Zwiebeln 0.25—0.30 je Pfund. Von Fischen waren Weißfische für 0,70, Hechte 1,50—1.80, Neunaugen 1.20 bis 1.40, Räuchersprotten für 1,00—1.50 je Pfund zu haben. Das Liter Milch wird hier zur Zeit mit 32 Groschen verkauft. — In der letzten Stadtverordnetensitzung in Neuenburg wurde die Laufzeit für das städtische Budget auf Vierteljahrszwischenräume festgelegt. Ferner wurde bei Wiedereinbringung des Antrages auf eine städtische Beihilfe zu einem Rochusbild in der katholischen Kirche ein Beitrag von 300 Złoty bewilligt. Zur Pachtangelegenheit des Hexensees hatten sich zwei Interessenten gemeldet. Es wurde von einem Stadtverordneten eingewendet, die Fischnutzung des Sees würde infolge Stehenlassens des Rohrs beeinträchtigt. Der eine der obigen Interessenten trat sein Nutzungsrecht an einen anderen Pächter gegen eine Entschädigung von 300 Złoty ab. Die an die Stadt zu zahlende Pacht wurde von der Versammlung auf 20 Złoty jährlich beschlossen. — Am 5. d. M. feierten in Konschitz bei Neuenburg die Besitzer Dettmerschen Eheleute das Fest der goldenen Hochzeit. Beide stehen im Alter von 75 Jahren, sind noch sehr rüstig und wurde das Jubelpaar vom Pfarrer Galow im großen Kreise von Verwandten und Bekannten in der Wohnung eingesegnet.

p **Neustadt** (Wejherowo), 4. Dezember. Der Winter im wahren Sinne des Wortes hat seinen Einzug gehalten; Markt und Straßen sind verschneit, die Fensterscheiben mit Frostblumen geziert. Der Wochenmarkt machte mit seinem sehr spärlichen Angebot einen winterlichen Eindruck. Butter war in kleinen Mengen angeboten zu 3—3,20, Eier zu 4,50—5, Gänse das Pfund 1.50—1,60, Enten 1,60—1,80, alte Hühner 4—5,00, Hühnchen 2.50—3.50; Kartoffeln waren nicht zu haben. Fische: Hechte 1,50, Barse 1—1.30, Pomuchel 0.60, Flundern 0.60, Kaulbarse 0,30. Äpfel kosteten 0.60—0.70 das Pfund, Dörrobst das 2-Litermaß 1.50. Auf dem Schweinemarkt war es recht ruhig. Von den wenigen Ferkeln wurden nur einige Stück mit 30—35 zł verkauft. Am Donnerstag war hier nur Pferdemarkt; anderes Vieh durfte wegen der im Umkreise herrschenden ansteckenden Seuchen nicht aufgetrieben werden. Es war nur minderwertiges Material da, und der Geschäftsgang war recht still. Klepper waren schon für 30—50 zł zu haben; sonst forderte man 150—200—350 zł.

a **Schwetz** (Świecie), 4. Dezember. Die Leiche der vor fünf Wochen in dem Nachbardorfe Przechowo im Schwarzwasser ertrunkenen Frau ist, nachdem das Hochwasser gefallen ist, gefunden worden. Durch die an der Wassermühle aufgezogen gewesene Schleuse war die Leiche bis zu den Pfeilern der Eisenbahnbrücke gekommen. Die Beisetzung wurde unter großer Beteiligung der Dorfbewohner vorgenommen.

* **Stargard** (Starogard), 4. Dezember. Ein Raubüberfall ist vor einigen Tagen in der Dunkelheit in der Bahnhofstraße an zwei Damen verübt worden, welche zum Czersker Abendzug zum Bahnhof eilten. Sie wurden dort von zwei halbwüchsigen Burschen überfallen und einer von ihnen eine Handtasche mit verschiedenem Inhalt entrissen. In der herrschenden Dunkelheit entkamen die frechen Straßenräuber leider unerkannt und flüchteten nach den Baracken.

* **Zempelburg** (Sępolno), 4. Dezember. Der Besuch des Herrn Wojewoden aus Thorn, der für Mittwoch, 1. d. M., in unserer Stadt angekündigt wurde, ist aus unbekannten Gründen abgesagt worden. — Am Erweiterungsbau der hiesigen katholischen Pfarrkirche wird bei der augenblicklich milden Witterung immer rüstig weiter gearbeitet. Zurzeit sind die Handwerker der auswärtigen Firmen, die den Bau ausgeführt haben, dabei, den bereits fertiggestellten Turm (Zwiebelform) mit Zinkblech zu bekleiden und mit dunkelroter Farbe zu streichen. Die beiden alten Glocken aus dem neben der Kirche befindlichen hölzernen Glockenturm sind bereits in den Glockenstuhl des Turmes eingebaut worden und wurden Donnerstag vormittag zum ersten Male probeweise geläutet. Falls das günstige Bauwetter noch einige Zeit anhält, dürfte der Rohbau vor Eintritt des Winters fertiggestellt werden.

Zur Kalenderreform.

Von Dr. H. L. Raymann.

Schon in den ältesten uns bekannten Kulturländern (in Indien, China, Persien, Ägypten und im Inkareich) gab es eine kalendarische Zeiteinteilung auf astronomischer Grundlage. Der mit wundervoller Genauigkeit sich vollziehende Kreislauf der Gestirne bot die sicherste und nie versagende Weltuhr. Die natürlichste Zeiteinteilung ist der Wechsel von Tag und Nacht. Der 24-Stundentag ist seit Urzeiten zeitbestimmend gewesen und ist die Normaleinheit der Zeiteinteilung schlechthin. Weitere natürliche Zeiteinteilungen boten der synodische Mondumlauf, der Monat, und die Erdbahn um die Sonne, das Jahr! Das Jahr ist die größte im Leben allgemein erkennbare Zeiteinteilung. Die darüber hinausgehenden Zeiteinteilungen — Dezennium, Jahrhundert, Jahrtausend, Platonisches Jahr (rund 26 000 Jahre) — sind rein rechnerische oder astronomische.

Die Kalendereinteilung wäre nun eine höchst einfache Angelegenheit, wenn das Sonnenjahr genau in volle Tage aufteilbar wäre. Aber das Sonnenjahr ist 365 Tage, 5 Stunden, 48 Minuten und 46 Sekunden lang, also rund 6 Stunden länger als 365 volle Tage. Der 46 v. Chr. von Julius Caesar eingeführte julianische Kalender (nach dem Rußland heute noch rechnet) sieht 365¼ Tage vor. Die Vierteltage werden alle vier Jahre zu einem vollen Tag zusammengefaßt und als Schalttag dem Jahr zugefügt. Da dieser Kalender nicht ganz genau war (der Schalttag war etwas zu lang), berief Papst Gregor XIII. eine Kommission, die den noch heute geltenden gregorianischen Kalender 1582 aufstellte. Um diese Zeit war der julianische Kalender bereits 13 volle Tage der astronomischen Zeit voraus. Man ließ 1582 11 volle Tage ausfallen, behielt die Schaltjahre des julianischen Kalenders bei, ließ aber in den nicht durch 400 teilbaren Jahrhundertwenden den Schalttag ausfallen, um das Zuviel des alten Kalenders auszumerzen. Das Jahr 1600 hatte danach einen Schalttag, die Jahre 1700, 1800 und 1900 dagegen nicht. Auf diese Weise ist der gregorianische Kalender astronomisch fast genau. Erst im Jahre 3200 müßte man eine kleine Korrektur vornehmen. Dies braucht nicht unsre Sorge zu sein.

Jedoch haftet dem Kalender durch die Ungleichheit der Monate und die fehlende Festlegung einzelner Daten ein Hauptfehler an. Dies macht das Jahr unübersichtlich, und alle Berechnungen von Gehältern, Pensionen, Renten, Zinsen, Versicherungen sowie sonstige wirtschaftliche und statistische Berechnungen sind ungenau und schwankend. Außerdem müssen jedes Jahr die Daten der Feiertage, Märkte, Messen, Termine neu bestimmt werden. Wie einfach und übersichtlich wäre das Jahr, wenn alle Monate gleich lang und alle Feiertage und wichtigen Termine auf bestimmte Daten festgelegt wären.

Um diesem Übelstand abzuhelfen, hat der Völkerbund 1924 bekanntlich eine Kommission zur Kalenderreform eingesetzt. Diese Sonderkommission hat kürzlich von 185 eingereichten Vorschlägen dem Bund 3 Reformpläne vorgelegt, eine einfache, eine teilweise und eine vollständige Reform. Die einfache Reform sieht drei Vierteljahre zu je 91 Tagen (30 + 30 + 31) und ein Vierteljahr zu 92 Tagen (30 + 31 + 31) = 365 Tagen vor. Diese wenig ändernde Reform bietet zu geringe Vorteile, als daß sie bei einer gründlichen Reform in Frage käme. Die teilweise Reform teilt das Jahr in vier gleiche Vierteljahre zu je 91 Tagen = 364 Tagen ein. Der 365. Tag wird außerhalb der Wochenzählung eingefügt, ebenso der Schalttag. Hierbei sind die Vierteljahre zwar gleich lang, aber die Monate verschieden lang. Auch fallen die Daten in den einzelnen Monaten nicht auf den gleichen Wochentag. Mit dieser Reform wäre auch nicht viel gewonnen. Die vollständige Reform jedoch sieht 13 Monate zu je 28 Tagen = 364 Tagen vor. Der 365. Tag wird als Silvester- oder Neujahrstag außerhalb der Woche zugezählt. Bei dieser Reform sind alle Monate gleich, genau vier volle Wochen. Alle Wochentage der einzelnen Monate fallen auf das gleiche Datum. Ist der 1. Januar z. B. ein Sonntag, so sind auch alle übrigen Monatsersten Sonntage, ebenso jeder 8. 15. und 22. eines jeden Monats. Man kann also im Augenblick, wenn man sich eingewöhnt hat, das ganze Jahr überblicken. Allerdings ist die Zahl der Monate 13 nicht in Halb- und Vierteljahre teilbar. Diese letztere Lösung erstreben Wirtschaft und Handel, die teilweise Reform viele Regierungen.

Zu diesen Vorschlägen kommt noch die Festlegung des Osterfestes auf den zweiten Sonntag im April hinzu, und damit aller wichtigen Termine auf bestimmte Daten. Dadurch erreicht man ein konstantes, leicht überblickbares bürgerliches Jahr, das Terminfestlegungen ohne umständliche Nachschlagerei auf weite Sicht zuläßt.

Wie wird das Wetter?

Eigener Wetterdienst der „Deutschen Rundschau".

Noch kein Winterwetter in Sicht.

Der Jahreszeit entsprechend brachte die vergangene Woche ausgesprochenes Spätherbstwetter. Fast dauernd lagerten eine Nebelschicht oder tiefhängende Wolken über Osteuropa, die der Sonne den Durchblick verwehrten. Zweimal hat allerdings auch der Winter einen Anlauf genommen. Zwar brachte er nur wenig Schnee, dafür jedoch die ersten stärkeren Fröste.

Die Wetterkarte zeigt in der letzten Zeit starke Luftdruckumschichtungen. Während am Wochenbeginn der Unterschied zwischen dem tiefsten und höchsten Luftdruck in Europa nur 10 Millimeter betrug, verstärkte er sich bis zum Wochenende auf etwa 20 Millimeter. Für die erste Hälfte der Woche war ein Tiefdruckgebiet über dem Mittelmeer charakteristisch. Ihm lag in Skandinavien und Südosteuropa hoher Luftdruck gegenüber. In der Wochenmitte verstärkte sich das skandinavische Hoch plötzlich ganz erheblich und es schien, als ob sich eine scharfe Winterwetterlage herausbilden wollte. Zu gleicher Zeit aber hatte sich auch eine westlich von Island liegende Depression so erheblich verstärkt, daß sie ostwärts in Richtung von Skandinavien vorstoßen konnte. Das warme Luftgebiet ihrer Vorderseite baute die kalten Luftmassen des Hochdruckgebietes ab, so daß unter erheblichen Schneefällen dasselbe seinen Rückzug nach dem Innern Rußlands zu antrat. Da dort Temperaturen bis zu 30 Grad unter Null herrschen, wird es sich wahrscheinlich längere Zeit behaupten. Trotzdem ist mit dem Verschwinden des skandinavischen Hochdruckgebietes die Aussicht auf scharfe Winterkälte vorerst geschwunden. Der Schub warmer ozeanischer Luft, der auf der Vorderseite des starken Tiefdruckgebietes nordwärts geflossen ist, scheint außerordentlich umfangreich zu sein, hat er doch sogar auf Spitzbergen vorübergehendes Tauwetter gebracht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diesem ersten Vorstoß wärmerer Luftmassen von Süden her weitere folgen, so daß für die nächste Zeit mit dem aufeinanderfolgenden Vorbeizug von Depressionen im Norden Europas gerechnet werden muß. Zu gleicher Zeit hat sich auch das stationäre Hochdruckgebiet in der Nähe der Azoren verstärkt. Die Wetterkarte zeigt demnach hohen Luftdruck über Südwesteuropa, tiefen Luftdruck über Nordeuropa, eine Verteilung, die für die nächste Zeit Westwindwetter in Aussicht stellt, d. h. es wird bei verhältnismäßig milder Witterung meist bedeckter Himmel vorherrschen. An der Küste dürften Regenfälle auftreten, während der Süden davon weniger berührt wird. Dort wird es wohl sogar infolge nächtlicher Aufklärung zeitweise zu Frösten kommen. Dr. M.

Kleine Rundschau.

* **Ein Hafen explodiert.** Die Blätter berichten aus Bukarest von einer furchtbaren Explosion in der rumänischen Stadt Giurgiu. Am Sonnabend brach auf einem Dampfer, dessen Ladung aus Petroleum und verschiedenen Ölen bestand, dadurch, daß ein Streichhölzchen hingeworfen wurde, Feuer aus, das blitzschnell auf die benachbarten Schiffe übergriff, die ebenfalls mit verschiedenen Brennstoffen beladen waren. Die brennenden Dampfer explodierten einer nach dem andern. Das Feuer griff bald auf den Quai über, wo auf dem Eisenbahngleis stehende Waggons in Brand gerieten. Die Hafeneinrichtung von Giurgiu ist vollkommen vernichtet. Mehrere in der Nähe stehende Häuser sind durch die furchtbare Lufterschütterung eingestürzt. Bisher sind 22 Tote registriert. Sechs Dampfer sind total zerstört, zwei schwer beschädigt. Der Schaden beläuft sich auf Hunderte von Millionen Lei.

* **Maskierte Räuber.** Landshut, 2. Dezember. Heute früh 6 Uhr drangen während der Auszahlung der Pensionen im hiesigen Bahnhof zwei elegant gekleidete Männer mit Masken in das hauptsächlich von Frauen dicht besetzte Zimmer, hielten die Anwesenden mit Revolvern in Schach, streuten dem Kassenbeamten Pfeffer in die Augen und raubten dann die Kasse mit 5000 Mark. Bei der sofort aufgenommenen Verfolgung konnte der eine der Verbrecher, der die Flucht des anderen deckte, festgenommen werden. Später wurde auch der zweite Räuber festgenommen. Die Täter sind zwei Brüder, und zwar der Diplom-Ingenieur Moritz Horn und ein Landwirtschafts-Ingenieur Fritz Horn, beide aus Regensburg. Die Kasse konnte vollständig beigebracht werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Brennwert der oberschlesischen Kohle wird laut neulich durchgeführten laboratorischen Untersuchungen in Qualitätsgruben auf 7,100 bis 7,800 Kalorien geschätzt; demzufolge ist die polnisch-oberschlesische Kohle derjenigen des Ruhrgebietes vollständig gleichwertig. Die Aschenmengen weisen eine sehr geringe Verhältniszahl auf (kaum 2 bis 4 Prozent), was dieser Kohle einen beträchtlichen Vorzug gibt. Der Schwefel ist mit 0,5 Prozent vertreten, die Staubmengen hingegen erreichen 36 Prozent.

Import von Spiritus und alkoholischen Getränken. Gemäß Runderlaß des Finanzministers Nr. 3733, D. A. M. W. vom 28. September 1926. D. U. Min. Sk. Nr. 27—308, vom 30. Oktober 1926, können Spiritus und alkoholische Getränke aus dem Auslande oder aus den Gebieten, für welche das Gesetz über das Spiritusmonopol nicht gilt, nur auf Grund einer vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe ausgestellten Bewilligung eingeführt werden. Die Bewilligung zur Einfuhr alkoholischer Getränke wird nur im Rahmen der Kontingente erteilt, die in den von der Republik Polen mit dem Auslande abgeschlossenen Handelsverträgen vorgesehen sind, wobei das Ministerium für Handel und Gewerbe eine genaue Evidenz der in diesem Rahmen eingeführten alkoholischen Getränke führt.

Zur Lage am Holzmarkt. Die Sägewerksindustriellen rechnen vielfach mit einer weiteren Besserung der Absatzverhältnisse und erklären damit ihr Verhalten im Rohholzeinkauf für den kommenden Winter, der bisher höhere Preise als im Vorjahr ergab. Vor allem steht der polnische Rohholzmarkt im Zeichen einer steigenden Tendenz, die durch die ungünstige Witterung und die infolgedessen schlechten Wegeverhältnisse beeinflußt wird. Im November sind etwa 60 000 Festmeter Rundkiefern an ost- und mitteldeutsche Holzhandelsfirmen, die zum Teil eigene Werke besitzen, zum Teil Lohnschnittverträge mit Schneidemühlen diesseits der Grenze geschlossen haben, verkauft worden. Der Preis für die besonders begehrten, guten Stammblöcke schwankt zwischen 48 und 49 Schilling je Festmeter frei Grenze. Hierzu kommt noch der deutsche Einfuhrzoll von rund 1,— Mark einschließlich der entstehenden Verzollungskosten. — Für ganz starke Blöcke werden bereits höhere Preise genannt. Ein Waldobjekt unweit Baranowicze, Kiefern, Erlen und Fichten enthaltend, und aus der Liquidation eines polnischen Unternehmens stammend, wurde an einen Danziger Exporteur verkauft. — Sehr lebhaft war die Nachfrage nach englischen Bohlen und Dielen; der Preis stieg auf etwa 10 Pfund je Standard bei größeren Anzahlungen frei Danzig. Käufer waren weniger englische, als Danziger Häuser des Zwischenhandels, die die Entwicklung der Geschäftslage in England optimistisch beurteilen. — Die Situation am Schwellenmarkt ist etwas fester geworden; sie wird häufig überschätzt, da eine Veränderung der Einkaufspolitik des Eisenbahnzentralamtes vorerst kaum zu erwarten ist. Der festen Stimmung im Rohholzhandel steht der immer noch schleppende Verlauf des Schnittholzes gegenüber. Im Konsum zeigt sich keine größere Bewegung, die eine Hausse rechtfertigen würde.

Rundfunk-Programm.

Montag, den 6. Dezember.

Berlin (483,9). 4.30—7 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Kapelle Gebrüder Steiner). 7.05 Uhr nachm.: Kampf den Mücken (Prof. Seligmann). 7.25 Uhr nachm.: Mensch und Arbeit (Postschaffner K. Siebert). 8.15 Uhr nachm.: Einführung zu dem nachfolgenden Orchester-Konzert (Kastner). 8.30 Uhr nachm.: 200 Jahre Orchestermusik. Schubert-Spohr (Maurits van den Berg.) 10.30—12.30 Uhr nachm.: Tanzmusik (Orchester Etté).

Frankfurt (428). 8.15: „Der Vetter", Operette von E Künneke.

Stuttgart (446). 8.00: Sinfoniekonzert.

Daventry (1600). 9.30: „Der Pfeifer", Märchenspiel.

Königswusterhausen (1300). 3 Uhr: Dr. Hofstaetter-Dresden: Ländl. und städt. Siedlung als geschichtl. Zeugen. 3.30 Uhr: Dr. Hofstaetter: Volksbräuche, Spiele und Volkslieder als kulturgeschichtliche Denkmäler. 4 Uhr: B. K. Graef: Die Kunst des Sprechens. 4.30 Uhr: Dr. Klopfer: Erziehungsberatung. 5 Uhr: Prof. Ranke-Königsberg: Die Wandlung der Tristansage. 6 Uhr: Rittergutsbesitzer Reinhardt: Landwirtsch. Versuchsringe. 6.30 Uhr: Dr.-Ing. Hamburger: Die Kunst des Verkaufens. 7 Uhr: Studienrat Friebel und Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 7.30 Uhr: Leg.-Rat. Dr. Soehring: Völkerbund und internationale wissensch. Beziehungen. 8 Uhr: „Der Barbier von Sevilla". Übertragung aus Hamburg.

Dienstag, den 7. Dezember.

Berlin (483,9). 12.30 Uhr nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt. 4.30—7 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Orchester des „Café Vaterland"). 7.05 Uhr nachm.: Einführung zum Sendespiel am 8. Dezember. 7.30 Uhr nachm.: Strömungen der modernen Literatur (Dr. Mahrholz). 7.55 Uhr nachm.: Deutsche Kulturgeschichte im Umriß (Goldschmidt). 8.30 Uhr nachm.: Will Vesper. Dichtungen, gelesen vom Dichter. 9.00 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Kapelle George Boulanger).

Stuttgart (379,7). 8.00: „Das goldene Kreuz", Oper von Mosenthal.

München (535,7). 7.00: „Hans Heiling", Oper von H. A. Marschner.

Dresden (294). 8.30: „Der Bettler", von Reinhard Sorge.

Daventry (1600). 9.15: B. B. C. International Series of Chamber Concerts. 3. Konzert „Deutschland".

Königswusterhausen (1300). 3 Uhr: Gertrud v. Eyseren und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. 3.30 Uhr: Minist.-Rat Dr. König: Jetziger Stand der Schulgesundheitspflege in Preußen. 4.30 Uhr: Aus der pädagogischen Welt. 5 Uhr: Joh. Mayrhofer: Spanien, Land und Leute. 6 Uhr: Ministerialrat Mende: Die deutsche Reichsverfassung. 6.30 Uhr: Reg.-Rat Dr. Krammer: Deutsche Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts. 7 Uhr: Spanisch für Anfänger. 7.30 Uhr: Dr. Mersmann: Entwicklungsströmungen in der gegenwärtigen Oper. 8.30 Uhr: Berlin.

Mittwoch, den 8. Dezember.

Berlin (483,9). 1.30—2 Uhr nachm.: Glockenspiel der Parochialkirche. 3.30 Uhr nachm.: Hausbäckerei für den Weihnachtstisch (Anna Drewitz). 4.30—7 Uhr nachmittags: Nachmittagskonzert. 7.05 Uhr nachm.: Die Rückgratsverkrümmung und ihre Bekämpfung in Schule und Haus (Dr. Blum). 7.25 Uhr nachm.: Wissenschaft und Sittlichkeit (Dr. Luther). 8 Uhr nachm.: Sendespiele: „Die Tänzerin aus Liebe, Operette in 3 Teilen von Franz Ausfeld; Musik von Clemens Schmalstich. 10.30 Uhr: Tanzmusik (Kapelle Kermbach).

Münster (241,9). 8.00: „Lumpaci-Vagabundus", Posse v. Nestroy.

Hamburg (394,7). 8.20: „Dusenddüwelwarf", Drama von G. Möhring.

Königswusterhausen (1300). 12 Uhr: Lektor Grander und Balinsky: Französisch für Schüler. 2.30 Uhr: Max Jungnickel: Weihnachtssitten und Gebräuche. 3 Uhr: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Vespermann: Einheitskurzschrift für Anfänger. 3.30 Uhr: Oberstudienrat Dr. Buchenau: Der deutsche Idealismus in der Prima. 4 Uhr: Oberschullehrer Vorwerk: Der neuzeitliche Anfangsunterricht. 4.30 Uhr: Ankündigungen aus dem Zentralinstitut. 5 Uhr: Dr. Paul Fechter: Bücherstunde. Stifter. 6 Uhr: Prof. Dr.-Ing. Schüle: Die Wärme als wesentliche Grundlage der Technik. 6.30 Uhr: Exzellenz v. Jonauières: Schiffahrtsfragen. 7 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Fortgeschrittene. 7.30 Uhr: K. C. v. Loesch: Auslandsdeutschtum und Binnendeutschtum. 8 Uhr: Berlin.

3. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 281.

Bromberg, Dienstag den 7. Dezember 1926.

Vor der neuen Genfer Tagung.

Die Tätigkeit des Völkerbundes im November.

Von George Popoff.

Genf, Anfang Dezember.

Es wird das erstemal sein, daß Deutschland — nach den Ereignissen des September — an einer regulären Ratstagung des Völkerbundes teilnimmt. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 23 Punkte, aus deren Zahl folgende Fragen wohl besondere Beachtung verdienen dürften: die vom Rate zu genehmigenden Berichte der vorbereitenden Abrüstungs- und Weltwirtschafts-Konferenzen, sowie der Bericht der in letzter Zeit recht kampfeslustigen Mandatskommission. Den ganzen November über waren die betreffenden Kommissionen mit der Ausarbeitung ihrer Berichte beschäftigt und es ist anzunehmen, daß diese dem Rate die entsprechenden Beschlußfassungen wesentlich erleichtern werden. Außerdem steht auf der Tagesordnung ein Punkt, der Deutschland ganz besonders interessieren dürfte, da er die „Einsetzung des Vorsitzenden der Untersuchungskommission“, welcher zukünftig die Militärkontrolle obliegen soll, betrifft und somit indirekt eine Frage berührt, deren einzelne Bestimmungen von deutscher Seite aufs Entschiedenste zurückgewiesen werden.

Die Abrüstungskommission, deren eine Unterkommission noch zurzeit hier versammelt ist, hat einen Bericht von fast 400 Seiten ausgearbeitet und außerordentlich gründliche Vorarbeit geleistet. Die Mehrzahl der Mitglieder weist darauf hin, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse für eine Rüstungsbeschränkung sehr günstig seien und daß eine wirtschaftliche Verständigung der Welt ohne eine vorherige Rüstungsbeschränkung, d. h. eine politische Verständigung ziemlich undenkbar sei. Unter den heutigen Verhältnissen, sagen sie weiter, könne ein allgemeines Abkommen betreffs der Rüstungsbeschränkungen allerdings nur in einem bescheidenen Maße zustande kommen, aber der Gedanke der regionalen Abkommen gewinne mehr und mehr an Verbreitung und rücke dieses Problem der Verwirklichung beträchtlich näher. Zahlreiche Mitglieder der Kommission wünschten eine möglichst baldige (noch vor dem September 1927) Einberufung der großen Weltabrüstungs-Konferenz. Aber England bremst in dieser Frage entschieden und meint, — die vorbereitenden Arbeiten sollten erst aufs sorgfältigste durchgeführt werden, ehe man sich zur Einberufung der Konferenz selbst zu entschließen hätte. Hierüber, d. h. über eine weitere Hinausschiebung der Abrüstungskonferenz wird nun der Rat während der kommenden Tagung unter anderem zu entscheiden haben.

Besser stehen die Aussichten hinsichtlich der Weltwirtschaftskonferenz. Die im November hier versammelt gewesene vorbereitende Kommission hat ebenfalls einen Bericht ausgearbeitet, der allerdings nicht 400, sondern nur 9 auf der Maschine geschriebene Seiten umfaßt, aber dafür sehr konkret gehalten ist. Die Kommission hatte hauptsächlich zu prüfen, „auf welchen Gebieten die zurzeit in der Welt herrschenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten einen internationalen Charakter“ trügen, und hat diese Arbeit nun erledigt. Der Bericht empfiehlt der Beachtung der kommenden Weltwirtschaftskonferenz eine Reihe wichtiger Fragegruppen, über die eine internationale Diskussion als besonders wünschenswert bezeichnet wird, und sieht die Darstellung der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage nach folgenden Gesichtspunkten vor: 1. Darstellung der allgemeinen Lage vom Standpunkt der verschiedenen nationalen Volkswirtschaften aus. 2. Untersuchung der Gründe für die gegenwärtige Störung des Gleichgewichtes in Handel und Industrie. 3. Wirtschaftliche Tendenzen, die den Frieden der Welt gefährden. Unter anderem hat die Kommission den Tag des Zusammentritts der Weltwirtschaftskonferenz bereits genau bezeichnet und ihn auf den 4. Mai 1927 festgesetzt. Daß der Völkerbundrat diesen Termin während der kommenden Tagung bestätigen wird, kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden.

Über die Ausübung der Kolonialmandate — eine Frage, die Deutschland in immer steigendem Maße interessieren dürfte — ist im Schoße des Völkerbundes ein wahrer Streit zwischen Mandatsmächten und Mandatskommission ausgebrochen. Die Mandatskommission des Völkerbundes war im Laufe des verflossenen November ebenfalls hier versammelt und hatte sich hauptsächlich mit jenem Kompetenzkonflikt zwischen Kommission und Mandatsmächten beschäftigt, der während der Septembertagung des Rates von Chamberlain und Briand mit recht wenig Zartgefühl berührt worden war. Sie warfen damals der Kommission vor, daß diese immer mehr und mehr danach strebe, ihre Kompetenzen so weit auszudehnen, daß es schließlich nicht mehr die auf den Friedenskonferenzen bezeichneten Mächte seien, welche die Verwaltung der Mandatsgebiete besorgten und dort die Herrschaft ausübten, sondern die Mandatskommission des Völkerbundes! Zu der Novembertagung hatte nun die englische Regierung der Kommission noch eine Note zugehen lassen, in der sie ihren Standpunkt in einer mehr als deutlichen Weise wiederholt: die Mandatsvölker hätten vor dem Völkerbunde keine Klage zu führen, die Kommission habe nur darüber zu wachen, daß die Bestimmungen des Bundes beobachtet würden. die Mandatsmächte wären nicht verpflichtet, auf die ihnen seitens der Kommission vorgelegten Fragebogen zu antworten, selbst England verlange von seinen Kolonialverwaltungen keine solche Details in ihren Rechenschaftsberichten. und England verfüge doch über eine große und unübertroffene Erfahrung in Kolonialdingen (!). Demgegenüber stellten sich die Mitglieder der Mandatskommission auf einen vollständig entgegengesetzten Standpunkt und betonten fast einstimmig, daß die Kommission völlig unabhängig von jeder anderen Instanz des Völkerbundes, auch selbst vom Völkerbundrate wäre, und daß ihre Mitglieder von niemandem Instruktionen entgegenzunehmen hätten. In Anbetracht dieser Zuspitzung der Meinungen und in Anbetracht dessen, daß die Frage der Betrauung Italiens und Deutschlands mit Kolonialmandaten immer akuter wird, mag es nun besonders interessant sein, zu sehen, wie der Völkerbundrat diesen Konflikt zu lösen versuchen wird. Jedenfalls wird er über kurz oder lang darüber Klarheit schaffen müssen, ob die Mandatsgebiete, wie die sie zurzeit verwaltenden Mächte es scheinbar wollen, eine kaum verschleierte Form von Kolonien darstellen, oder ob sie wirklich dem Völkerbund unterstellte freie Gebiete sind. . . .

Wie wichtig indessen diese drei auf dem Programm der kommenden Ratstagung stehenden Probleme für die Zukunft auch sein mögen, sie treten natürlich vollkommen zurück vor der großen Gegenwartsbedeutung jener, offiziell allerdings nicht erwähnten, aber von den nach Genf kommenden Staatsmännern sicher zu erörternden Frage der Militärkontrolle, der die Tagesordnung nur dadurch andeutungsweise Erwähnung tut, daß auf ihr von „Einsetzung des Vorsitzenden der Untersuchungskommission“ die Rede ist. Sollte diese Frage nicht bereits vorher außerhalb Genfs abgeklärt worden sein, so wird während der kommenden Genfer Ratstagung auch von der Aufhebung der Militärkontrolle und den Einzelheiten der sogenannten „Investigation“ die Rede sein müssen. Die Sachlage ist bekannt: die Kontrolle ist in der Praxis durch die Aufnahme des Reiches in den Völkerbund bereits beendet. Es kommt jetzt nur noch darauf an, einen Übergang zur Völkerbundkontrolle zu finden. Hier legt nun Frankreich Wert auf die sogenannten „éléments stables“, d. h. auf den von ihm ausgeklügelten (und vom Völkerbundrate im September 1924 bereits gutgeheißenen) Plan, selbst nach Aufhebung der Militärkontrolle in den entmilitarisierten Besatzungsgebieten gewisse „ständige Organe“ einzusetzen, was es mit Artikel 213 des Versailler Vertrages zu begründen versucht. Darauf wird Deutschland natürlich nie und nimmer eingehen; dieser Artikel, der von „jeder Untersuchung, die der Völkerbundrat mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“, spricht, hat durchaus den deutlichen Sinn einer Einschränkung des Kontrollrechts auf Einzelfälle und läßt die französische Auslegung als eine entschiedene Verletzung dieses Artikels des Versailler Vertrages erscheinen. Sich gegen diese willkürliche Biegung des Vertrages zu Ungunsten Deutschlands mit allen Mitteln zu wehren, werden sich die deutschen Delegierten in Genf wohl zur Hauptaufgabe machen.

Es handelt sich hier natürlich um keine leichte Aufgabe, denn, einmal bewiesen, muß das Vorliegen einer Verletzung des Versailler Vertrages auch konstatiert werden — um diese Auslegung des Untersuchungsrechtes ungeschehen zu machen. Wer aber soll konstatieren, daß die Verletzung vorliegt? Der Völkerbundrat, der sie 1924 selbst begangen hat? Eine fatale Aussicht, denn keine Behörde desavouiert sich gerne selbst. Ein angesehenes Schweizer Blatt, die „Basler Nachrichten“, machen den Vorschlag, der Rat solle sich für einen für alle Teile ehrenvollen Ausweg einigen, d. h. die Konsultation des Haager Gerichtes über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Investigations-Protokolls von 1924 anrufen! Wobei das genannte Blatt mit folgendem Ausblick schließt: Es entstünde dadurch freilich ein Aufschub des endgültigen Entscheides, aber kein unerträglicher, denn die Kontrollverhältnisse der entmilitarisierten Rheinlandzone, um die es sich hauptsächlich handelt, werden ja erst akut, wenn die Besatzung abgezogen sein wird, und das ist immerhin noch eine Zukunftsfrage . . .“

Zieht man hierbei noch in Betracht, daß einerseits die Verhandlungen über die Räumung der Rheinlande vorläufig auf einem toten Punkt angelangt sind, da Frankreich für die vorzeitige Räumung nun ganz andere Kompensationen als die in Thoiry von Dr. Stresemann angebotenen, zu verlangen scheint, und daß andererseits die Frage der Aufhebung der Militärkontrolle und der Einsetzung einer Völkerbundkontrolle mit dem Räumungsproblem überaus eng verknüpft ist — so dürfte es für jeden ohne weiteres klar sein, welche große Bedeutung für den Gang dieser Fragen der nun kommenden Ratstagung und den bei diesem Anlaß in Genf geführten Verhandlungen beigemessen werden muß. . .

Berliner Brief.

Berlin, 1. Dezember.

Als gestern ein Rettungswagen der Feuerwehr vorm Reichstag vorfuhr, fragte ein Arbeiter: „Da hat wohl die Zietz eenem een Loch in'n Kopp getöppert“, worauf ein Chauffeur antwortete: „Nee, der Minister Külz ertrinkt in Schmutz und Schund“. Der arme Minister, allzuweit ist er davon nicht entfernt gewesen und festen Boden hat er auch heute noch nicht unter den Füßen. So wie das Gesetz in zweiter Lesung vom Reichstage angenommen worden ist, ist es unbrauchbar, da Bestimmungen über Kompetenzen und Aufbau der Prüfungsstellen fehlen. Der Streit wird also weitergehen. Er geht, was aus der erregten Debatte, der Presse und dem Parlament klar geworden ist, nicht um das Ziel des Gesetzes. Auch der Vorstoß der Dichterakademie richtet sich nicht gegen jeden gesetzlichen Schutz der Jugend vor Schmutz und Schund. Die große Mehrzahl der Gegner des Gesetzes fürchtet nur, daß durch die bisherige Fassung die Möglichkeit des Mißbrauches nicht ausgeschlossen ist. In dieser Beziehung ist beachtenswert die Stellungnahme des Professors Brunner. Brunner, jahrelang Sachverständiger der Polizei und Staatsanwalt für die Bekämpfung unzüchtiger Bücher und Zeitschriften, ist von einer gewissen Berliner Presse — die inzwischen glücklicherweise bis auf geringe Reste verschwunden ist — als Prototyp des Obskuranten auf das Erbitterste bekämpft worden. Es verdient Beachtung, wenn dieser Mann, dessen wichtigste Lebensaufgabe die Bekämpfung des Schmutzes in der Literatur ist, seine warnende Stimme gegen das Gesetz erhebt und wohl begründete Abänderungsvorschläge macht. Leider stehen die anderen Kritiken an dem Gesetzentwurf nicht auf gleicher Höhe. Man begnügt sich mit Schlagworten, die Freiheit von Kunst und Literatur sei in Gefahr, die Zensur solle wieder eingeführt werden und dgl. mehr. So ist eine Kampfatmosphäre entstanden, die einer ruhigen, sachlichen Behandlung des Gegenstandes nicht gerade dienlich war. Nur daraus ist zu erklären, daß der Reichsinnenminister Külz sich einer nochmaligen Behandlung im Ausschuß widersetzt hat. Es kam dazu, daß das Plenum des Reichstages Artikel für Artikel durchberiet und zu jedem Artikel über eine Fülle von Abänderungsvorschlägen entscheiden mußte. Die Lage wurde noch dadurch verwirrt, daß das Problem Reich und Länder hineinspielte, und man sich über das Kompetenzverhältnis der Reichsprüfungsstelle und der Landesprüfungsstellen nicht einig war.

Das parlamentarische Schicksal der Gesetzesvorlage illustriert gut die jetzt viel besprochene Notwendigkeit, die Geschäftsordnung des Reichstages grundlegend zu ändern. Es handelt sich im Grunde darum, etwas zu legalisieren und auszubauen, was sich in großem Umfange schon als praktische Übung durchgesetzt hat. Schon heute ist es so, daß die eigentliche Beratung in den Ausschüssen stattfindet, und das Plenum des Reichstages auf die Sanktion der Ausschußvorschläge beschränkt bleibt. Es ist sinnlos, im Plenum große Debatten zu führen über eine Frage, die im Ausschuß schon unter jedem Gesichtspunkt behandelt ist. Wenn man die Ausschüsse öffentlich, zum mindesten presseöffentlich macht, sie vielleicht etwas vergrößert, um kleine parlamentarische Minderheiten zu schützen, dann kann man Rednerzahl und Rednerzeit im Plenum ganz wesentlich herabsetzen. Das Ansehen des Reichstages würde zweifellos davon gewinnen und seine großen politischen Aussprachen, die nach wie vor im Plenum stattfinden können, würden sehr viel bedeutungsvoller werden.

Die außenpolitische Aussprache hat nicht die Sensation gebracht, die vielfach erwartet wurde, nachdem über einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem deutschnationalen Professor Hoetzsch und dem Außenminister im Auswärtigen Ausschuß viel gemunkelt worden war. So schwankend die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag für jede innerpolitische Lage sind, so sicher sind sie für alle Grundfragen der Außenpolitik. Am bedeutsamsten waren die Ausführungen von Joseph Wirth, dem früheren Reichskanzler, nicht weil er etwas Neues zu sagen gehabt hätte; aber daß er, der viel befeindete Mann der hemmungslosen Erfüllungspolitik, erklärt hat, mit den Vorleistungen von Deutschland sei es nun vorbei, man müsse endlich auch einmal Leistungen von französischer Seite sehen, zeigt, daß der sachliche Kern der Kritik, die Hoetzsch gegen die Thoiry-Politik des Außenministers richtete, auch von den Verständigungspolitikern katexochen gebilligt wird. Man ist es satt, Leistungen Frankreichs, auf die man einen Anspruch hat, immer wieder durch neue Opfer erkaufen zu müssen. Auch vom Rheinland kommen Stimmen, die sich dagegen wenden, daß die Räumung des Rheinlandes anders denn als notwendige Konsequenz aus Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund behandelt wird.

Die „Frankfurter Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß in der Pariser Kammer eine fast überall übersehene folgenschwere Entscheidung gefallen ist. Es sind die erforderlichen Mittel bewilligt worden, um im kommenden Jahre 70 000 Mannschaften und 10 000 Offiziere zu Reserveübungen einziehen zu können. Die französischen Militaristen haben dieses Ergebnis durch einen recht geschickten Trick erzielt. Die Regierung Herriot hatte die Absicht, die 18monatige Dienstpflicht auf eine einjährige herabzusetzen. Als Ausgleich sollte die Verwendungsfähigkeit der Reserve durch stärkere Heranziehuig zu Übungen gehoben werden. Eine vom militärischen Gesichtspunkt durchaus verständige Begründung. Jetzt haben die Militärs die Einhaltung der Zusage trotz Fortfall der Bedingungen verlangt und das Parlament hat, ohne daß nennenswerter Widerspruch laut geworden ist, seine Zustimmung gegeben. Wirklich eine besonders reizvolle Variation über das Thema Abrüstung. Man erinnert sich an den Beschluß der militärischen Unterkommission in Genf, die ausgebildeten Reserven nicht in die Heeresstärke einzurechnen, wohl aber die Polizei und Gendarmerie zuzuzählen; ein Rechenkunststück, durch das man das deutsche Heer auf eine Stärke von etwa 250 000 Mann gebracht hat. während Frankreich kaum mehr als 100 000 ausgebildete Mannschaften zählt, da man die unausgebildeten Rekruten in den ersten sechs Monaten jeweils noch nicht als Soldaten rechnet. Wenn man dann vergleicht, daß das bescheidene französische 100 000 Mannheer nur 18 Monate ausgebildet wird, der deutsche Reichswehrsoldat aber 12 Jahre dienen muß, dann ist der Beweis für die Schutzbedürftigkeit des friedlichen Frankreichs gegen das waffenstarrende kriegslüsterne Deutschland restlos erbracht. Daß ein Teil des französischen Volkes diesen Unfug glaubt, der ihm beständig von der Presse aufgetischt wird, ist nicht weiter verwunderlich. Und der französische Spießer mag von ehrlichem Schrecken gepackt sein, wenn er liest, daß das deutsche Volk derart vom Militarismus besessen ist, daß seine Jugend in Sportverbänden Kleinkaliberschießen. Speerwerfen und Kugelstoßen treibt. Den französischen Militärs und Politikern kann man die Borniertheit nicht zutrauen, an aus Deutschland drohende militärische Gefahren ernstlich zu glauben. Die Frage ist nicht unberechtigt, ob Briand und Stresemann in Thoiry nicht übersehen haben, daß die seelischen Voraussetzungen für das von ihnen begonnene Werk noch nicht vorliegen. In Frankreich sollte man doch wissen, was militärische Traditionen für ein ehrliebendes Volk bedeuten. Die Pflege dieser Traditionen in Frankreich als den Ausdruck höchster Tugend, in Deutschland als Zeichen tiefster Verruchtheit zu bezeichnen, das ist ein Doppelspiel, das eine ehrliche Verständigung schon in der Wurzel vergiftet.

Was hier über die seelischen Voraussetzungen für die deutsch-französischen Beziehungen gesagt wird, ist keine persönliche Auffassung. Es ist im großen und ganzen die Meinung, die links und rechts von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, deutscher Parlamentarier und Politiker vertreten wird. Man würde sich im Auslande täuschen, wenn man aus den Angriffen, die in letzter Zeit einmal wieder gegen die Reichswehr erhoben werden, etwas anderes herauslesen würde. Daß die Reichswehr kein Angriffsinstrument und gegen den Westen nicht einmal ein Verteidigunginstrument ist, weiß in Deutschland jeder Sozialdemokrat. Ein fanatischer Pazifist meinte neulich, man solle sich doch gar nicht die Mühe nehmen, alle Behauptungen über angebliche deutsche Rüstungen zu widerlegen, selbst wenn man sie als wahr unterstelle, ändere sich am Gesamtbilde gar nichts. Die Angriffe auf die Reichswehr haben eine rein innenpolitische Wurzel. Je nachdem fürchtet oder wünscht man, daß die Reichswehr parteipolitischen Einflüssen zugängig ist. Die verantwortungsbewußten Führer aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten sind sich in dem Ziele, die Reichswehr parteipolitisch frei zu halten, durchaus einig. Aber in jeder Partei gibt es naive Männer, die parteipolitische Interessen nur bei anderen Parteien sehen, während sie von ihrer Partei behaupten und öfter als man denkt auch glauben, daß sie nur die Interessen der Allgemeinheit im Auge hat. Der Durchschnittsdeutsche hält noch heute das Bestehen von Parteien für überflüssig. Er glaubt, daß es für jede Frage eine beweisbare richtige Lösung gibt, an die nur der Böswillige, d. h. praktisch der Anhänger anderer Parteien, vorgibt. nicht zu glauben. Das ist einer der Gründe, warum das parlamentarische System im deutschen Volke so wenig Boden gefaßt hat.

Die Kunst des Regierens des kaiserlichen Deutschlands bestand darin, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren. Daran hat sich in der Republik nichts geändert. Als die erste Minderheitsregierung gebildet wurde, hielt man es allgemein für eine kurz dauernde Zwischenlösung. Die Minderheitsregierung ist inzwischen eine so typische Erscheinung geworden, daß die meisten es gar nicht mehr wissen. Man macht Kulturpolitik mit rechts, Erwerbslosenpolitik mit links, Steuerpolitik mit rechts, Außenpolitik mit links. Selbst daß die Regierungsparteien für die Regierung stimmen müssen, ist eine Doktrin, die nur gesagt wird, nach der man aber oft nicht handelt. Kein Mensch würde sich wundern, wenn etwa das Gesetz zum Schutze der Jugend vor Schund und Schmutz gegen die Stimmen der Demokraten, also einer Regierungspartei, angenommen würde, und es ist nicht einmal anzunehmen, daß der für dieses Gesetz hauptverantwortliche Minister, der Demokrat Külz, deshalb von seinem Posten zurücktreten müßte. Es gab kaum etwas Vergnüglicheres, als das Schauspiel, das die Deutschnationalen uns schenkten, als sie beim Kampf um die Erwerbslosenfürsorge ihr Zusammengehen mit den Sozialdemokraten damit begründeten, daß sie nicht weiter Lust hätten, das unparlamentarische Verhalten der Regierung zu stützen, die sich bald von rechts, bald von links ihre Mehrheit hole. Die Demokraten sahen sich mit süßsaurer Miene gezwungen, den Deutschnationalen ihre parlamentarisch-demokratische Kommentfestigkeit zu bescheinigen. So spricht vieles dafür, daß diese Regierung, die keine Mehrheit im Reichstage hat, noch weiter am Ruder bleiben wird. Herr Stresemann sitzt so fest, daß nur französische Dummheiten ihn aus dem Sattel werfen können. Voraussehbare innerpolitische Gefahren drohen der Regierung erst, wenn sie gezwungen wird, die Frage des Finanzausgleichs mit den Ländern vor das Parlament zu bringen, wenn die lange angekündigte Wahlrechtsvorlage zur Beratung kommt oder gar mit dem Reichsschulgesetz Ernst gemacht wird.

Rundschau des Staatsbürgers.

Wichtig für Reichsdeutsche.

Bekanntlich hatten seinerzeit die Reichsdeutschen eine Aufenthaltsgenehmigung nachsuchen müssen, die auch in den meisten Fällen erteilt wurde und bis Ende des Jahres 1926 gilt. Die Reichsdeutschen werden demnach, da das Jahr 1926 jetzt zu Ende geht, für das Jahr 1927 eine neue Aufenthaltsgenehmigung nachsuchen bzw. eine Verlängerung der bisherigen Aufenthaltsgenehmigung beantragen müssen.

Die neue Militärsteuer.

In den nächsten Tagen werden die Steuerämter zum erstenmal die neue Militärsteuer einheben. Der Gesamtertrag der Steuer ist im Budgetpräliminar 1927/28 mit 400 000 Złoty präliminiert worden. Steuerpflichtig sind alle Reservisten, sowie alle Landsturmleute mit und ohne Waffe. Die Steuer beträgt für Reservisten 10 Złoty jährlich, für Landsturmleute mit Waffe 20 Złoty und für Landsturmleute ohne Waffe 15 Złoty jährlich. Diejenigen Steuerpflichtigen, die Einkommensteuer zahlen, zahlen keinen Pauschalbetrag, sondern einen Betrag, der sich nach der Höhe ihres Einkommens richtet. Und zwar zahlen Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 2500 bis 3000 Złoty jährlich 2 Promille, Steuerzahler mit einem Einkommen bis zu 5000 Złoty 3 Promille usw.

Diejenigen Steuerzahler, deren Einkommen nicht aus Dienstbezügen resultiert, zahlen an Militärsteuer: Reservisten 10 Prozent der Einkommensteuer, Landsturmleute mit Waffe 20 Prozent der Einkommensteuer und Landsturmleute ohne Waffe 15 Prozent der Einkommensteuer.

Kleine Rundschau.

***Tietz übernimmt Jandorf.** Unter Mitwirkung der Direktion der Diskontogesellschaft ist zwischen den Firmen Hermann Tietz und A. Jandorf u. Co. ein Vertrag zustandegekommen, nach dem sämtliche Warenhausunternehmungen der Firma A. Jandorf u. Co. und die Anteile des Kaufhaus des Westens auf die Firma Hermann Tietz übergehen. Die Grundstücke gehen sämtlich in den Besitz der Firma Hermann Tietz über. Das K. d. W. wird seinen Namen behalten, während die fünf Jandorffschen Geschäfte unter der Firma Hermann Tietz weitergeführt werden. In dem Wettrennen um die größtmögliche Nationalisierung, der alle Zusammenschlüsse, auch die der Warenhäuser diktiert hat, ist die Firma Hermann Tietz vor dem Karstadt-Konzern Sieger geblieben. Der Tietzkonzern umfaßt nunmehr 19 Warenhäuser (davon 10 in Berlin und 9 im Reich), 5 Fabrikationsbetriebe, 6 Engroshäuser, 30 Anschlußhäuser zwecks gemeinschaftlichen Einkaufs und 4 Einkaufshäuser in Chemnitz, Plauen, Elberfeld und Offenbach. Der Konzern beschäftigt 16—18 000 Angestellte. Der Kaufpreis von 35—40 Millionen Reichsmark, der bisher genannt wird, kommt nach unseren Informationen an die wirkliche Kaufsumme nicht heran.

*** Eine Höllenmaschine in der Torte.** Amerikanische Blätter berichten über einen schrecklichen Mord, dem 25 Personen in einem kleinen Städtchen in Pennsylvanien zum Opfer gefallen sind. Der dortige Kaufmann F. S. Barton heiratete die Tochter eines Farmers, die längere Zeit mit einem Apotheker verlobt war. Die Verlobung ging jedoch auseinander, da der Apotheker in Not geriet und einer Frau ein sorgenloses Leben nicht sichern konnte. Unter den zahlreichen Hochzeitsgeschenken erhielt die junge Frau eine hervorragende Torte. Man brachte sie aus der Konditorei mit einer Karte von einer guten Freundin der jungen Frau. Während des Hochzeitsschmauses wurde die Torte auf den Tisch gestellt. Als die Frau des Hauses die Torte mit einem Messer anschnitt, entstand eine fürchterliche Explosion, wobei sechzehn Personen auf der Stelle getötet und neun schwer verletzt wurden. Die Höllenmaschine riß die junge Frau in Stücke, dem jungen Ehemann wurde der rechte Arm abgerissen. Die Untersuchung ergab, daß der Spender dieser todbringenden Torte der verschmähte Verlobte war, der sich auf diese wahrhaft teuflische Art rächen wollte. Der Mörder ist spurlos verschwunden.